

Heft 165

Ausgabe 5 | 2008
ISSN 0170-461
K 5361
5,00 Euro

spw

1.63^y
1.61⁹
1.61⁹
1.67⁹



▣ Pro und ▣ Contra:
Sozialtarife in der Energiepolitik
Frank Schwabe vs.
Walter Meinhold

What a wonderful world?



Interview mit
Christiane Reckmann
**Kinderarmut nicht im
Fokus der Bundesregierung**

Britta Joerißen,
Jochen Steinhilber
**Die Fantastischen Vier
und die Großen Sieben**

Guido Steinberg
Al-Qaida und die Diktatoren



Kurzum | von Horst Peter

» „Keiner hat hier eine Ahnung, was wir noch machen sollen!“ heißt es hinter vorgehaltener Hand im Willy-Brandt-Haus – so die FR am 6.6. 2008 nach dem von FORSA verkündeten Umfragetief der SPD. Sofern dies ein Hilfeschrei der professionellen BeraterInnen der Partei war, steht die SPD tatsächlich vor dem Ernstfall. Gramsci empfahl einst der Linken, dass für die Wiedergewinnung der gesellschaftlichen Hegemonie die wichtigste Voraussetzung die Analyse der eigenen Fehler sei. Da ich den Willen zur Hegemonie nicht bezweifle, fürchte ich, es fehlt an Bereitschaft oder Freiraum zur Auseinandersetzung mit eigenen Fehlern oder Unterlassungen. Das kann selbst bei den klügsten BeraterInnen zu Ratlosigkeit führen.

Kurzum: Sich mit Ratlosigkeit abzufinden, führt in die Selbstbescheidung – entweder mit der Rolle des Juniorpartners in der Großen Koalition oder der größten Oppositionspartei .

» Welches sind die Fehler und Unterlassungen? Sicherlich die fast widerstandslose Anpassung an die Medienkampagne gegen Kurt Beck und die Gefahr der vorzeitigen Festlegung der Kanzlerkandidatur. Es mag praktisch sein, sich um die Analyse von Fehlern herum zu mogeln, löst aber kein Problem. Ein weiterer Fehler bestand in der Neigung, dem Hamburger Parteiprogramm das gleiche Schicksal der Ausgrenzung aus der Tagespolitik zu bescheren wie einst dem Berliner Programm. Es sind nur WissenschaftlerInnen, die sagen, die SPD sei mit dem Hamburger Programm als einzige der Parteien im 21. Jahrhundert angekommen. Auf jeden Fall war es ein Fehler, keine von der ganzen Partei akzeptierte Sprachregelung zum Umgang mit der Agenda 2010 zu entwickeln. Ist es so schwer zu sagen, die Agenda 2010 war der Versuch der Anpassung an den damaligen neoliberalen Mainstream, welcher der jetzigen Zeit nicht mehr entspricht, teilweise sogar kontraproduktiv ist? Schließlich besteht ein zentraler Fehler darin, keine Strategie



↳ Horst Peter, spw-Mitherausgeber, lebt in Kassel.
Foto: privat

für einen politisch rationalen Umgang mit der Partei Die Linke zu verfolgen. Den Umgang mit der neuen Partei zu klären, ist unverzichtbare Voraussetzung für eine Machtoption jenseits der Großen Koalition. Um abzuklären, ob Politikgestaltung grundsätzlich mit der Partei Die Linke möglich ist, muss man sie als politischen Akteur betrachten und deshalb mit ihr reden.

Kurzum: Will die SPD politisches Kraftzentrum einer Regierung sein, muss sie programmatisch und politisch versuchen, rechnerische Mehrheiten zu politischen Mehrheiten umzuwandeln.

» Die Wahlen in Hessen haben gezeigt: Mit programmatischer und personeller Glaubwürdigkeit als Einheit kann die SPD verlorenes Vertrauen zurückgewinnen. Das gilt auch für die Gesamtpartei. Ein Dreiklang aus sozialer und ökologischer Gerechtigkeit, einer Bildungspolitik, die kein Kind zurück lässt, der Nachhaltigkeit verpflichteten Wirtschaft mit der Vision einer Sozialen Moderne, vertreten mit in der Sache glaubwürdigen Personen müssen der Entscheidung über die Kanzlerkandidatur vorausgehen.

Kurzum: Linke Volkspartei ist eine SPD, die wieder deutlich macht, dass sie programmatisch die solidarische Mehrheit der Gesellschaft als Adressatin hat. ■

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg)
 Jutta Blankau (Hamburg)
 Klaus Dörre (Jena)
 Iris Gleicke (Schleusingen)
 Michael Guggemos (Berlin)
 Michael R. Krätke (Amsterdam)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Benjamin Mikfeld (Berlin)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Andrea Nahles (Weiler)
 Horst Peter (Kassel)
 Florian Pronold (Deggendorf)
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)
 René Rösper (Hagen)
 Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
 Sigrid Skarpeles-Sperk (Bonn)
 Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:

Thorben Albrecht
 Claudia Bogedan
 Björn Böhning
 Cordula Drautz
 Sebastian Jobelius
 Oliver Kaczmarek
 Bettina Kohlrausch
 Anja Kruke
 Lars Neumann
 Dorothea Steffen
 Thilo Scholle
 Inken Wiese

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:
 Stefan Stache

Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
 Telefon 0231 - 2 02 00 11
 Telefax 0231 - 2 02 00 24
 spw-verlag@spw.de, www.spw.de

Redaktionsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
 Müllerstraße 163, 13353 Berlin
 Telefon 030 - 4 69 22 35
 redaktion@spw.de, www.spw.de

Geschäftsführung:

Robin Baranski
 Hans-Joachim Olczyk
 Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 8 Heften im Jahr.
 Jahresabonnement Euro 39,-
 (bei Bankeinzug Euro 37,-)
 Auslandsabonnement Euro 42,-
 Abbestellungen mit einer Frist von drei
 Monaten zum Jahresende.
 ISSN 0170-461 - K 5361
 ©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2008.
 Alle Rechte vorbehalten.

Gestaltung:

liniezwei Kommunikationsdesign GbR,
 Düsseldorf

Titelfoto:

www.fotolia.de, © romy mitterlechner

Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn
 1.-3. Tausend, Juli 2008

■ Meinung

Wer wird nächster Europameister? Kai Burmeister	4
Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein Proms-Nord	5
Frauenministerium – Fehlanzeige! Elke Ferner	6
Der Klassenbeste hat Probleme in der Schule René Rösper	7
☒ Pro: Sozialtarife in der Energieversorgung? Frank Schwabe	8
☒ Contra: Sozialtarife in der Energieversorgung? Walter Meinhold	9
Kinderarmut nicht im Fokus der Bundesregierung Interview mit Christiane Reckmann	10

■ ■ Im Fokus: What a wonderful world?

Einleitung zum Schwerpunkt Kai Burmeister, Cordula Drautz, Inken Wiese	12
Die Fantastischen Vier und die Großen Sieben Britta Joerißen, Jochen Steinhilber	15
Neo-Merkantilismus im Dienste des europäischen Kapitals Werner Raza	20
Abrüstung und Rüstungskontrolle als vitale deutsche Interessen Rolf Mützenich	23
Al-Qaida und die Diktatoren: Ein Plädoyer für eine (außen)politische Terrorismusbekämpfung Guido Steinberg	27
„Hilfe zur Selbsthilfe“ hat zumindest noch am meisten Sinn gemacht Interview Ernst Kerbusch	30
Lateinamerika neu denken Niels Annen	35
Literaturschau Cordula Drautz, Stefan Stache, Inken Wiese	39

■ ■ ■ Magazin

Kinderspiel Kapitalismus Gesa Rünker	40
Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Vor der neuen Ölkrise? Arne Heise	41
Wie der Europäische Gerichtshof ArbeitnehmerInnenrechte einschränkt Sebastian Klähn	43
85 Jahre „Sozialistische Politik und Wirtschaft“ Thilo Scholle	46
„Linkssein ist wieder angesagt!“ Juso-Thesen „Für eine Linke der Zukunft“ Interview mit Franziska Drohsel	50

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

Abschied von einem Freund – zum Tode von Detlev Albers Heidemarie Wiczorek-Zeul	
Meldungen: Cordula Drautz in den SPD-Landesvorstand Berlin gewählt, DL 21 für Recht auf Hauptschulabschluss	54
5 Fragen an ... Stefan Schostok	58

Wer wird nächster Europameister?

von Kai Burmeister

» Viel ist über die Iren an sich, ihre Tradition des Widerstands und die Motive für das Nein zum Vertrag von Lissabon geschrieben worden. Tatsächlich kann sich hierzulande wohl kaum jemand als KennerIn der irischen Politik bezeichnen. Eine seriöse Einschätzung fällt dann naturgemäß schwer. Festzuhalten bleibt: die No-Campaign hat aus unterschiedlichsten Motiven (AbtreibungsgegnerInnen, NationalistInnen; aber auch linke KritikerInnen) eine Mehrheit zusammengebracht.

In Brüssel ist das Unverständnis und die Enttäuschung groß. Sicherlich hat besonders Irland von der EU-Strukturförderung profitiert. Es mag auch sein, dass der neue Vertrag manche EU-Entscheidungsprozesse vereinfacht hätte. Aber dies begeistert weder Beschäftigte in Cork noch Auszubildende in Magdeburg.

» Der Vorwurf, die Nein-WählerInnen hätten den unlesbaren Vertrag gar nicht gelesen, verrät mehr über den Zustand einer EU-Elite, als dass dieses Argument Überzeugungskraft entfalten würde. Das jüngste deutsche Beispiel für den schlechten Zustand der europapolitischen Debatte zeigte sich an der Ratifizierung im Bundesrat. Europa würde stärker denn je, so die abstrakte Formel der Befürworter. Die aufkommende Kritik innerhalb des Berliner Senats wurde hingegen nicht inhaltlich aufgegriffen und entkräftet, sondern vielmehr als Beweis für die antieuropäische Haltung der Linkspartei herangezogen. Holzhammer raus und die Debatte vorbei! Parteipolitisch nachvollziehbar? Vielleicht? Europa wurde mit Sicherheit ein Bären dienst erwiesen!

Ein schiefer Weg, auf dem sich die EU befindet. Nicht nur, dass nahezu jede direkte demokratische Einflussnahme vermieden werden soll und als nicht sachgemäße Einmischung abgestempelt wird. Fataler zeigt sich die materielle Seite: Der Vorrang wirtschaftlicher Freiheiten vor sozialen Grundrechten – dies ist die Botschaft der jüngsten EuGH-Entscheidungen – bestimmt für knapp 500 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger viel einprägsamer das Bild der Europäischen Integration.

Es ist keineswegs entschieden, ob das Nein rückwärtsgerichtet ins Leere verläuft oder der Auftakt für ein anderes Europa sein wird. Die sozialdemokratische Linke tut gut daran, die Debatte um ein demokratisches und solidarisches Europa ernst zu nehmen. Für den Demokratieaspekt haben Jean-Claude Juncker und Jürgen Habermas jungst den Boden bereitet. Den sozialen Aspekt muss die sozialdemokratische Linke mit Inhalt füllen!

Diese Initiative muss weit über die bestehenden vertraglichen Grundlagen hinaus reichen. Auf dem Weg zu den Europawahlen muss die SPD-Linke die neoliberale Ausrichtung dieser EU-Kommission zum Thema machen, Lissabonstrategie und Dienstleistungsrichtlinie bilden hier nur zwei markante Punkte. Hochglanzbroschüren mit dem Gestus „Wir erklären der unwissenden Bevölkerung die EU plus ein soziales Feigenblatt“ möchte niemand lesen. Vielsprechend ist ein europaweites Referendum parallel zur Europawahl, weil so endlich eine Debatte über die soziale Schutzfunktion eines solidarischen Europa beginnen kann. Die Europameisterschaft wäre dann zum Greifen nah! ■



☞ Kai Burmeister ist Vorsitzender des Vereins für Demokratie und Völkerverständigung und arbeitet als Gewerkschaftssekretär in Frankfurt.

Foto: privat

Die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein

Möglichkeiten und Grenzen

sozialdemokratischer Identitätsfindung und -vermittlung

von Götz Godowski, Ulrike Hensel und Maïke Rohwer

(Projekt Moderner Sozialismus Nord)



Deutliche Gewinner der Kommunalwahlen waren die freien WählerInnengemeinschaften, und die Linken, Verlierer dagegen die großen Parteien. In vielen Kommunen fuhr die SPD das schlechteste Ergebnis der Nachkriegszeit ein. Ihr Stimmenanteil sank von 42,4 Prozent 1998 über 29,3 Prozent 2003 auf nun 26,6 Prozent. Marginalisiert wurde sie vor allem in den absoluten Stimmen: Von 575.000 (1998) über 354.000 (2003) halbierten sie sich fast auf 296.000! Angesichts sozialdemokratischer Schwerpunkte, Gemeinschaftsschulen, Mindestlohn und kostenfreien Kindergärten eine Enttäuschung.

Wenige Medien beachteten die massiven Verluste der CDU. Insbesondere in den Städten konnte sie die 2003 gewonnene Mehrheit nicht binden, die sie durch Wechsel oder massive Wahlenthaltung aus Enttäuschung über die Politik der Agenda 2010 von ehemaligen SPD-WählerInnen erhalten hatte. Obwohl noch stärkste kommunalpolitische Kraft, verlor die CDU fast überall ihre absoluten Mehrheiten. Die SPD kann nun häufig wieder mitgestalten, muss allerdings erklären, mit wem sie sozial gestalten will. Dies schließt eine Verhältnisklärung zur Linken ebenso ein wie eine Einschätzung zu dem sich der CDU annähernden Grünen.



Die Wahlbeteiligung von unter 50 Prozent ist besonders bedenklich. Sie betrifft vor allem das abgehängte untere Drittel der Gesellschaft. An dessen Rand agiert ergänzend eine zunehmende Zahl von NiedriglöhnerInnen: Hinzu kommen all jene, die Angst vor drohender Armut durch Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Alter haben. Ausbildung oder Leistung sind kein Garant mehr für ein auskömmliches Leben oder Aufstieg, wie der hohe Anteil von qualifizierten NiedriglöhnerInnen zeigt. Er oder sie (ver-)zweifelt an der Gesellschaft und der SPD. Denn die SPD verband Gerechtigkeit immer mit der Aussicht auf sozialen Aufstieg. Der Erfolg der Linken mit sozialdemokratischen Themen zeigt aber, dass die SPD kein inhaltliches, sondern ein Glaubwürdigkeitsproblem hat.

Von den großen Erwartungen, die 1998 mit der Wahl Schröders verbunden waren – hin zu einer sozialen gerechten Politik – ist wenig geblieben. Die SPD hat ihre Klientel verloren und es nicht geschafft, sie zurückzugewinnen. Der vom rechten Flügel der Partei mit ihrem Hoffnungsträger Steinmeier initiierte roll-back wird die SPD in die Bedeutungslosigkeit treiben. Die Linkskwende des Hamburger Parteitages war richtig, für die Glaubwürdigkeit müssen weitere Schritte folgen. Vielleicht gelingt dies mit den Vorschlägen zur Alterszeit und einer engen Anbindung an den DGB. Sie wird aber erst glaubwürdig, wenn z.B. mittels einer Arbeitsversicherung die eigentlich sinnvolle Idee der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe von der unsäglichen Ausführung durch Hartz IV in etwas Fortschrittliches umgewandelt und der Druck auf die Löhne aufgehoben wird.



☞ Götz Godowski ist stv. Vorsitzender von proms-Nord.
 ☞ Ulrike Hensel ist Vorsitzende von proms-Nord.
 ☞ Maïke Rohwer ist stv. Vorsitzende von proms-Nord und SPD-Landesvorstandsmitglied in Schleswig-Holstein.

Frauenministerium – Fehlansage!

von Elke Ferner

» Deutschland hat ein Frauenministerium, mit Ursula von der Leyen als Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Eine engagierte und fortschrittliche Gleichstellungspolitik findet allerdings nicht statt.

Die größte Ungerechtigkeit, dass im EU-Vergleich die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern in Deutschland mit am größten sind, die Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kindern unter 5 Jahren im unteren Bereich liegt und die Repräsentanz von Frauen in den Führungspositionen der deutschen Wirtschaft mit am geringsten ist, wird vom Frauenministerium verniedlicht.

- Mitte Juni wurde die sogenannte Dritte Bilanz zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft vorgelegt. Die Bilanz ist beschämend.
- Der Frauenanteil in den Führungspositionen größerer Unternehmen sank von 7,5 Prozent im Jahr 2007 auf 5,5 Prozent im Jahr 2008.
- In den Aufsichtsräten der 200 größten Unternehmen (TOP 200) sind 7,85 Prozent Frauen vertreten.
- In den hundert größten Unternehmen ist eine einzige Frau im Vorstand zu finden. Bei den TOP 200-Unternehmen sind es elf Frauen in neun Unternehmen.
- Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern liegt in Deutschland bei 22 Prozent, im EU-Durchschnitt sind es 15 Prozent.

Statt die Befunde in einer Pressemitteilung herunterzuspielen, muss Frau von einer Frauenministerin erwarten können, dass sie als Anwältin der Frauen solche skandalösen Befunde öffentlich macht und nicht kaschiert, dass sie bei der Wirtschaft auf Einhaltung der Vereinbarung drängt

anstatt Rückschritte noch als Fortschritte zu preisen und dass sie Maßnahmen vorschlägt, mit denen die Lohnungleichheit und die eklatante Diskriminierung von Frauen in der und durch die deutsche Wirtschaft beseitigt werden können anstatt gemeinsam mit der Wirtschaft festzustellen: es gibt keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf.

Wir brauchen ein Aktionsprogramm „Gleichstellung jetzt!“.

» Dieses Aktionsprogramm muss alle Politikfelder in den Blick nehmen, um die bestehenden Barrieren für Frauen zu beseitigen und die überholten Rollenmuster endlich zu überwinden. Gleicher Berufszugang, existenzsichernde Erwerbsarbeit für Männer und für Frauen, gleicher Lohn für gleich(wertige) Arbeit, gleiche Aufstiegs- und Karrierechancen, gleiche Möglichkeiten für berufliche Weiterqualifizierung, paritätische Besetzung von Führungspositionen und Aufsichtsgremien und eine geschlechtergerechte Besteuerung sind neben einem Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung und an den Lebensphasen orientierten Arbeitszeitmodellen die Grundvoraussetzung dafür, dass Frauen und Männer sich im Beruf verwirklichen können und sich gleichzeitig partnerschaftlich der familiären Sorge widmen können.

Die 3. Bilanz zeigt aber auch: Das Bundesgleichstellungsgesetz wirkt! In den Führungspositionen der obersten Bundesbehörden stieg der Frauenanteil von 8,7 Prozent im Jahr 1996 auf 20,1 Prozent im Jahr 2006. Ohne ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft wird Deutschland gleichstellungspolitisches Entwicklungsland bleiben. ■



↳ Elke Ferner, MdB, ist stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion.

Foto: www.spdfraktion.de

Der Klassenbeste hat Probleme in der Schule

von René Rösper ■ ■

» Technologie „made in Germany“ ist Spitze! Dies zeigte jetzt einmal mehr der von einer ExpertenInnenkommission herausgegebene Bericht zu Forschung und Innovation (EFI). Laut EFI gehen 80 Prozent der Produktionszuwächse in der deutschen Industrie auf die forschungsintensiven Bereiche des Exportweltmeisters zurück. 2005 exportierte Deutschland Waren im Wert von 786,1 Milliarden Euro, darunter sogenannte hochwertige Technologien im Wert von 328,6 Milliarden Euro vor allem aus den Bereichen Maschinenbau, Automobilbau und Chemie.

» Das ist keine sehr neue Nachricht. Neu und bemerkenswert ist allerdings ein weiterer Trend, der sich auch im EFI wiederfindet. Während sozialdemokratische Kritik am deutschen Bildungssystem und der frühen Selektion von Kindern bislang vor allem von Konservativen als „ideologisch“ diffamiert wurden, kommt genau diese Kritik nun immer häufiger von unverdächtiger Seite. Bei der Bewertung der technologischen Leistungsfähigkeit formuliert der EFI eine dringende Warnung vor dem drohenden Fachkräftemangel und die Kritik am deutschen Bildungssystem. Der EFI bringt es auf den Punkt: „Ohne Bildung sind Innovation und die effektive Nutzung neuer Technologien nicht möglich.“ Und gerade in diesem Bereich hat Deutschland große Defizite. Aus früheren Studien wissen wir, dass Kinder aus bildungsfernen Schichten in unserem Bildungssystem weniger Chancen haben als Kinder aus sozial besser gestellten Familien. Von 100 Kindern von AkademikerInnen erreichen 88 einen Hochschulabschluss. Bei den Kindern von NichtakademikerInnen sind es nur 23. Im Jahre 2007 haben im bundesdeutschen Durchschnitt 7,9 Prozent aller Kinder die Schule ohne einen Abschluss verlassen. Bei Kindern

mit Migrationshintergrund lag er sogar bei 17,2 Prozent. Wir können aber auf niemanden verzichten, um seiner selbst willen und wegen der Zukunft unseres Landes.

» Allein bis 2014 könnten zwischen 155.000 und 397.000 AkademikerInnen fehlen. Aber nicht nur AkademikerInnen werden gebraucht. Die deutsche Wirtschaftskraft ruht auch auf exzellenten MeisterInnen, FachwirtInnen und TechnikerInnen. In Bayern mussten zum Beispiel laut einer Umfrage 2007 bereits 12 Prozent der befragten Handwerksbetriebe Aufträge auf Grund von Fachkräftemangel ablehnen. EFI stellt darüber hinaus klar, dass Standortverlagerungen immer weniger von Lohnunterschieden als vom Fachkräfteangebot abhängen.

» Mit der letzten Föderalismusreform sind die Zuständigkeiten für Bildungsfragen stärker den Ländern zugeordnet worden. Sie haben es in der Hand, nun endlich die Warnungen aufzunehmen und ein Bildungssystem aufzubauen, das nicht auf Selektion, sondern Integration ausgerichtet ist. Wir brauchen jedes Kind und jeden Jugendlichen. Es ist gut, dass wenigstens die sozialdemokratischen Länder die Zeichen der Zeit erkannt haben und dabei sind, Kindergärten beitragsfrei zu machen, das dreigliedrige Schulsystem zu verändern und auf Studiengebühren zu verzichten. Das sind notwendige Schritte, um unseren Platz als Exportweltmeister zu behaupten. ■



↳ René Rösper, MdB, ist stellv. Sprecher der SPD-AG Bildung und Forschung sowie Mitglied im Parlamentarischen Beirat zu Fragen der Ethik, insbes. in den Lebenswissenschaften, spw-Mitherausgeber und lebt in Hagen.

Foto: www.spdfraktion.de

⊕ Pro: Sozialtarife in der Energieversorgung?

von Frank Schwabe



↳ Frank Schwabe, MdB, ist klimapolitischer Sprecher der SPD Bundestagsfraktion und Sprecher der „Denkfabrik“ in der Bundestagsfraktion. Er lebt in Castrop-Rauxel.

Foto: privat

» Die Energiekosten sind in den letzten Jahren immens gestiegen: Seit 2000 müssen Haushalte durchschnittlich 50 Prozent mehr für Strom und 70 Prozent mehr für Gas bezahlen. Der Anteil der Energiekosten am gesamten Konsum ist gerade für die, die sowieso schon wenig zu Verfügung haben, in den letzten Jahren auf bis zu 17 Prozent gestiegen. Viele Fakten sprechen daher für eine soziale Abfederung der immens gestiegenen Belastungen. Gerade die Sozialdemokratie darf es nicht kalt lassen, wenn sich Menschen Grundbedürfnisse – und dazu gehören die beheizte Wohnung, warmes Wasser, Licht und Waschmaschine – nicht mehr leisten können. Auf der anderen Seite muss klar gesagt werden: Wir brauchen auch einen neuen intelligenten Umgang mit Energie. Die Rohstoffe werden knapper, die Nachfrage steigt, Klimaschutz gehört zu den wichtigsten Aufgaben des 21. Jahrhunderts. Langfristig ist der Ausbau der erneuerbaren Energien die beste Investition gegen steigende Energiepreise. Sonne, Wind und Wasserkraft kosten nichts und wird es immer geben.

» Kurz- und mittelfristig müssen jedoch Haushalte entlastet und Strom gespart werden. Der Ansatz muss sein: am preiswertesten ist die Energie, die wir nicht verbrauchen. Effizienz ist die Stellschraube, an der wir am stärksten drehen können. Deshalb muss die Sozialdemokratie für einen sozialen Effizienztarif eintreten. Möglich wäre, dass jede/r einen gewissen Sockel an Kilowattstunden frei oder verbilligt erhält. Somit wird eine preiswerte Grundversorgung ge-

sichert. Alles was darüber hinaus verbraucht wird, soll mehr kosten als bisher; Der Preis pro Verbrauch soll exponentiell ansteigen. Haushalte mit weniger Geld werden dadurch stärker entlastet, denn diese Familien haben üblicherweise weit weniger elektrische Geräte als der Durchschnitt. Im Gegenzug wird der Anreiz gesetzt, den Stromverbrauch zu senken.

Wenig Sinn macht es dagegen, die Stromsteuer zu senken. Die Preise werden mittelfristig kaum sinken, die Gewinne der Energieversorger dafür steigen. Problematisch wäre auch die Deckelung der Energiekosten. Gerade die kleineren Stromversorger, unsere Stadtwerke, wären im Wettbewerb mit den vier großen Energieversorgern die VerliererInnen. Das können Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht wollen. Flankiert werden könnten die sozialen Effizienztarife von Maßnahmen, die den Verbrauch in den Haushalten nachhaltig senken. VerbraucherInnen brauchen einfache und exakte Angaben zum Stromverbrauch, wenn sie neue Geräte kaufen wollen. Haushalte mit geringem Einkommen sollten stärker als bisher ihre alten Geräte gegen energieeffiziente austauschen können. Möglich wäre ein Fonds, der zinslose Darlehen ermöglicht. Und: Der Sanierungsstau muss aufgelöst werden. Das höchste Einsparpotential können wir durch Wärmedämmung ausschöpfen. Förderprogramme gibt es vor allem für HausbesitzerInnen. In Zukunft aber müssen auch VermieterInnen stärker in die Verantwortung genommen werden. ■

■ Contra: Sozialtarife in der Energieversorgung?

von Walter Meinhold ■ ■



↳ Walter Meinhold
ist Aufsichtsratsvorsitzender
der Stadtwerke Hannover AG
und Mitglied im Forum DL21.

Foto: Stadtwerke Hannover AG

» Seit langem werden die Preise für Strom und Gas jährlich erhöht. Verantwortlich ist die weltweit steigende Nachfrage nach Öl, Gas und Kohle. Dieser Trend ist nicht zu stoppen und ein Ende ist nicht absehbar. Alles Gerede mit mehr Wettbewerb die Energiepreise gegen diesen globalen Energiehunger im Griff zu halten wären, erweisen sich als Schimäre. Betroffen davon sind alle. Industrie, Dienstleistungen, Handel und Haushalte. Aber die Einen können sich besser dagegen schützen als die Anderen.

Was ist zu tun? Medienwirksam ertönt der Ruf nach Energie-Sozialtarifen für Menschen mit geringem Einkommen. Die Energieunternehmen mögen bis zu einem bestimmten Energieverbrauch niedrige oder kostenfreie Tarife für ärmere Haushalte bereithalten.

Das hört sich gut an. Die Probleme beginnen bei der Umsetzung. Welche Kriterien gelten bei der Ermittlung der Menschen mit geringem Einkommen? Z.B. jene, die von den Rundfunkgebühren befreit sind oder die mit einem Einkommen bis zu 12.000 Euro jährlich? Wie kommt man an diese Personenkreise und welche Nachweise müssen erbracht werden? Und in welchen zeitlichen Abständen muss die Berechtigung überprüft werden? Darauf haben diejenigen, die Sozialtarife fordern, noch keine Antworten gegeben. Klar hingegen ist, dass damit ein enormer bürokratischer Aufwand und hohe Personal- und Sachkosten verbunden sind. Hier liegen die Gründe, warum die Schaffung von Sozialtarifen so schwer umsetzbar ist.

» Dennoch muss gehandelt werden. Dieser Verantwortung sind sich besonders die kommunalen Energieversorger bewusst. Sie sind am dichtesten am Endverbraucher und der Endverbraucherin und werden mit der eingeschränkten Zahlungsfähigkeit täglich konfrontiert. Schon seit längerem werden verschiedene Konzepte zum Energie sparen realisiert, denn die bedeutendste Energiequelle ist die Energie-Effizienz. Sie kann und muss von allen Einkommensschichten mehr praktiziert werden. Dabei müssen die Energieunternehmen ihre Anstrengungen in der Beratung erheblich verstärken. Hier gibt es noch viel zu tun. Beispiel gibt es auch schon. So gibt es in Frankfurt ein Projekt der Caritas zusammen mit dem Job-Center, der Stadt, dem Energieversorger Mainova und Projektpartnern Langzeitarbeitslose zu EnergieberaterInnen qualifizieren. Diese geben z.B. kostenlose Beratung in Haushalten mit ALG II und SozialhilfeempfängerInnen über Möglichkeiten des Sparens beim Energie- und Wasserverbrauch.

Caritas Frankfurt nennt dies eine „Initiative für Mensch und Umwelt – Gewinn für alle“. In Nürnberg bietet die N-ERGIE kostenlose Beratung für GeringverdienerInnen an. Die Erfolge sind dort nachweisbar an den sinkenden Verbrauchszahlen abzulesen. Neben der Beratung zum Energiesparen können die Energieunternehmen Zuschüsse beim Kauf von energiesparenden Geräten geben (Kühlschränke), um ein weiteres Beispiel zu nennen. Ziel aller Anstrengungen muss es sein, die Einsparpotentiale in den Haushalten systematisch auszuschöpfen, also nachhaltig zu wirken. Es ist möglich, den finanziellen Aspekt mit dem ökologischen zu verbinden. ■



„Kinderarmut nicht im Fokus der Bundesregierung“

Interview mit Christiane Reckmann

☞ Christiane Reckmann, ist Vorsitzende des Zukunftsforums Familie (ZFF).

Foto: ZFF

spw: Jedes sechste Kind wächst in Deutschland in Armut auf, Tendenz eher steigend. Was sind die zentralen Ursachen?

” **Christiane Reckmann:** Die Ursachen der Kinderarmut sind komplex. Fakt ist, dass die Zahl der Kinder, die unterhalb der offiziellen Armutsrisikoschwelle aufwachsen, seit Jahren ansteigt. Dies zeigt auch der aktuelle 3. Armuts- und Reichtumsbericht, auch wenn hier öffentlich mit unterschiedlichen Zahlen argumentiert wurde. Wesentliche Faktoren für ein Ansteigen der Armutsgefährdung sind sicherlich die hohe Arbeitslosigkeit der letzten Jahre und die Ausbreitung des Niedriglohnssektors. Auch die zunehmende Zahl von Alleinerziehenden, für die es per se schwieriger ist, ein ausreichendes Einkommen für sich und ihre Kinder zu erwirtschaften, trägt zur Erhöhung des Armutsrisikos von Kindern bei.

Wichtig für die Kinder ist vor allem, dass sich die Armutssituation nicht verstetigt und verfestigt, denn das zieht schwerwiegende Folgen für ihr gesamtes künftiges Leben nach sich.

spw: Die Koalition hat den Krippenausbau und die Reform des Kinderzuschlages beschlossen. Welches Zeugnis stellen Sie ihr beim Thema Kinderarmut aus?

” **Christiane Reckmann:** In Schulnoten ausgedrückt würde ich zu einem „Mangelhaft“ tendieren. Insgesamt steht die Bekämpfung der Kinderarmut nicht im Fokus der Aufmerksamkeit der Bundesregierung. Den Ausbau der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur für unter Dreijährige haben wir als wichtig und notwendig begrüßt, und zwar aus Gründen besserer Förderung für die Kinder, aber auch besserer Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Zur Armutsprävention reicht der Betreuungsausbau allein hingegen nicht aus. Dafür bedarf es eines Mixes aus höheren finanziellen Transfers und gut ausgebauten Infrastrukturangeboten, die – nebenbei bemerkt – weit über die jetzt im Mittelpunkt stehende Gruppe der unter Dreijährigen hinausgehen müssen. Die kürzlich beschlossene Reform des Kinderzuschlags stellt fraglos eine Verbesserung gegenüber dem Status Quo dar, sie bleibt allerdings mutlos und letztlich Stückwerk. Es wird nicht gelingen, damit eine nennenswerte Zahl von Kindern aus der Armut herauszuholen.

spw: Die SPD spricht sich in ihrem Aktionsplan gegen Kinderarmut unter anderem für gebührenfreie Bildung, den Ausbau von Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren und die Aufhebung von sozialen Benachteiligungen beim Kindergeld bzw. dem Kinderfreibetrag aus. Was kann das Konzept leisten?

„**Christiane Reckmann:** Wir haben das Papier als Zusammenstellung richtiger Maßnahmen auf allen politischen Ebenen – Bund, Länder und Kommunen – begrüßt. Insbesondere im Bereich der finanziellen Förderung von Familien hätten wir uns aber mehr gewünscht. Erfreulich ist, dass die bestehende Lücke zwischen dem gezahlten Kindergeld (aktuell 154 Euro) und der höchsten steuerlichen Entlastung durch die Kinderfreibeträge (weit über 200 Euro) endlich als ungerecht angesprochen wird. Völlig unklar bleibt hingegen, wie das von der SPD angekündigte Freibetragsmodell aussehen soll, das künftig nicht nur den Spitzenverdienern/-innen, sondern allen zugute kommen soll. Aus meiner Sicht kann die Bekämpfung der Armut von Kindern und Familien über das Steuersystem nicht funktionieren. Damit werden gerade jene Familien nicht erreicht, die über kein oder ein zu geringes Einkommen verfügen und daher keine Steuern zahlen.

spw: Was schlagen Sie vor?

„**Christiane Reckmann:** Wir sprechen uns perspektivisch für die Einführung einer Kindergrundsicherung für alle Kinder in Deutschland aus. Darin würden etliche der aktuell bestehenden finanziellen Maßnahmen wie Kindergeld, Kinderzuschlag oder Sozialgeld aufgehen. Auf diese Weise würden auch die Unstimmigkeiten und die geringe Passgenauigkeit des aktuellen Systems der Familienförderung vermieden. Wir halten es für unabdingbar, dass zumindest das soziokulturelle Existenzminimum aller Kinder unabhängig von ihrer familiären Herkunft gesichert ist.

spw: Ministerin von der Leyen fordert eine gestaffelte Erhöhung des Kindergeldes nach Anzahl der Kinder ...

„**Christiane Reckmann:** Fraglos weisen Mehrkindfamilien zusammen mit Alleinerziehenden, Familien mit Migrationshintergrund und Arbeitslosenhaushalten ein erhöhtes Armutsrisiko auf. Außer Zweifel steht für uns allerdings, dass eine stärkere Förderung von Mehrkindfamili-

en nicht auf Kosten der ersten und zweiten Kinder erfolgen darf. Vorrangig ist für uns in jedem Fall die Schließung der bestehenden Lücke zwischen Kindergeld und Kinderfreibetrag, und zwar für alle Kinder. Mit der von uns vorgeschlagenen Kindergrundsicherung wäre ohnehin der Bedarf jeden Kindes – egal, ob des ersten oder des vierten – abgedeckt.

spw: Sollten politische Prioritäten zwischen direkten finanziellen Leistungen einerseits oder dem Ausbau von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen bzw. Sachleistungen andererseits gesetzt werden?

„**Christiane Reckmann:** Für mich gibt es hier kein Entweder-Oder. Wir sollten das Eine tun ohne das Andere zu lassen. Kinder und Familien brauchen beides, qualitativ gute und quantitativ ausreichende Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, aber eben auch ausreichende finanzielle Mittel für ein gesundes und sozial integriertes Leben.

Der Ansatz, Kinder nur über Bildung aus der Armut zu holen, ist zum Scheitern verurteilt. Er negiert einfach die höchst ungleichen Lebensbedingungen und Startchancen von Kindern je nach ihrer sozialen Herkunft und der Dicke des Geldbeutels ihrer Eltern.

spw: Vielen Dank für das Gespräch. ■

☞ Das Interview führte Stefan Stache.

Das ZFF wurde 2002 auf Initiative der Arbeiterwohlfahrt gegründet. Neben Gliederungen der AWO sind dort unter anderem die Bundesvereinigung der Mütterzentren, der Progressive Eltern- und Erzieherverband (PEVNW) und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Elterninitiativkindergärten organisiert. Internet: www.zff-online.de

What a wonderful world?

Einleitung zum Schwerpunkt

von Kai Burmeister, Cordula Drautz und Inken Wiese



Foto: www.fotolia.de, © romy mitterlechner

» Es ist erst einen Sommer her, dass nicht nur Deutschland, sondern große Teile der Welt auf Heiligendamm blickten. Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft trafen sich dort die Regierungschefs der G8-Staaten. Die Vertreter der globalen Wirtschaftsmächte diskutierten nicht nur untereinander, sondern banden in so genannten „out-reach-Veranstaltungen“ auch Repräsentanten von Schwellen- und Entwicklungsländern ein. Nach drei Tagen, wurden weitreichende Absichtserklärungen verabschiedet. Doch was ist geblieben von diesen guten Absichten? Hat der dort eingeleitete Heiligendammprozess schon Folgen gezeitigt?

Trotz und vielleicht sogar wegen der massiven Sicherheitsmaßnahmen rund um den hermetisch abgeschirmten Kongressort hat der G8-Gipfel eine erhöhte Aufmerksamkeit für Themen internationaler Wirtschaftspolitik geweckt, die weit über eine Fachöffentlichkeit hinausging. Das Treffen mobilisierte – wie schon die vorangegangenen

Gipfel in Gleneagles, Évian-les-Bains oder Genua – breite Teile der globalisierungskritischen Bewegung. Die kollektiven Erfahrungen im Sommer 2007 mögen für eine junge Generation von politischen und zivilgesellschaftlichen AktivistInnen prägend gewesen sein. Diese Aufmerksamkeit durch die G8-Protteste war durch die konkrete Agenda des Gipfels selbst nicht gerechtfertigt. Sie entsprechen vor allem einem weit verbreiteten Bedürfnis innerhalb der Bewegung, den Einfluss auf internationale Regierungsgespräche dadurch zu behaupten, dass die Protteste als „Happening“ oder „Event“ inszeniert werden. Die Gegenentwürfe der G8-Gegner blieben oft simplistisch und wurden selten von allen AktivistInnen geteilt. Wichtig bleibt die Erkenntnis gerade der linken politischen Kräfte, dass die konkrete Umsetzung der salbungsvoll formulierten und keinesfalls verbindlichen Absichten zu wünschen übrig lässt. Wir müssen uns daher fragen, wie wir unsere offensichtlichen Defizite im Bereich von verbindlicher progressiver internationaler Politik beheben können.

Gleichzeitig bleiben außenpolitische Entscheidungen, die nur von einem kleinen außenpolitischen Expertenkreis auf Parlaments- und Regierungsebene entworfen wurden, unzulänglich. Außenpolitik muss mehr sein als die Ausgestaltung einzelner, von einander getrennter Politikfelder und das diplomatische Management von Fachfragen in den Beziehungen zu anderen Ländern durch das Auswärtige Amt. Weder Symbolpolitik durch Protest noch technokratische Expertise reichen aus, um den interdependenten globalen Herausforderungen durch eine veränderte internationale Ökonomie, die auch Entwicklungsperspektiven der Länder des Südens umfassen, politisch wirksam zu begegnen.

» Sozialdemokratische Politik muss noch stärker als bisher umfassende Antworten auf die Etablierung weltstaatlicher Strukturen finden, die die schwindende Fähigkeit der Nationalstaaten, Ungleichheiten auszuschließen, zu bekämpfen oder gar zu verhindern, ins Auge nimmt. Das bedeutet auch, dass Außenpolitik nicht – wie fast ausschließlich diskutiert – auf Sicherheits- und Verteidigungspolitik reduziert werden kann. Faktisch sind Politikfelder wie die Agrarpolitik zum Objekt internationaler Aushandlungsprozesse geworden, doch es fehlt an Steuerungsideen auch von SozialdemokratInnen.

□ Megatrends einer Wonderful World

Welche Szenarien globaler Entwicklung sich durchsetzen werden, hängt von der politischen Antwort auf die sich verändernden ökonomischen Voraussetzungen ab. Die Auswirkungen dieser veränderten Situation sind drastisch und stellen vor allem als soziale Phänomene die Existenz einer „Wonderful World“ in Frage. So finden Verteilungskämpfe zunehmend unter Armen statt, wie unter anderem im südlichen Afrika zu beobachten ist. Gleichzeitig setzt sich mit der globalen Demonstration gegen die Explosion der Lebensmittelpreise ein neues Bewusstsein für kollektives Handeln durch.

Als Megatrend der globalen Herausforderungen, der ausschließlich durch globale Lösung gesteuert werden kann, hat sich der Klimawandel in den internationalen Diskurs geschoben. Denn extreme Wetterereignisse führen zu Flucht und Armut, menschliches Einwirken bringt das Ökosystem an seine Grenzen. Die Verknappung und die abnehmende Qualität natürlicher Ressourcen wie Trinkwasser, Boden, Hölzer, die Belastung der Biosphäre, der Verlust der Biodiversität und die dadurch ausgelösten Migrationsströme wirken sich auf Preise von Rohstoffen und Nahrungsmitteln und damit auf globale Entwicklungen insgesamt aus. Die Betroffenheitskluft zwischen den entwickelten Industrieländern mit Zonen relativ stabiler Umweltbedingungen und unkalkulierbaren

Umweltbelastungen in weniger entwickelten Ländern, wächst. Der „ökologische Fußabdruck“ der Industriestaaten reicht weit in die anderen Regionen der Erde hinein.

» Diese Erkenntnis wird von der politischen Linken bis zur Rechten mittlerweile weitgehend geteilt. Unterschiedlich bleibt aber die Antwort auf die Bewältigung des Problems. Dass der Klimawandel die größte Form des Marktversagens darstellt, aber die politische Vorherrschaft der Marktgläubigkeit weiterhin bestimmend ist, verhindert, dass vielfältige Vorschläge wie diejenigen der UN-Entwicklungsberichte ausreichend umgesetzt werden. Die Interessengegensätze bleiben bestehen: Das Wachstum kann an den oben dargestellten ökonomischen, sozialen und ökologischen Grenzen nicht mehr so gesteigert werden wie zu Beginn des „industriell-fossilen Kapitalismus“ (Altwater). Wenn der Treibstoff des Wachstums, die fossilen Energieträger, ausgehen, ist die Kongruenz von Kapitalismus und Fossilismus aufgehoben, und die Energiekrise wird zu einer Krise des gesamten Produktionsmodells. Dies kann nur durch nicht-fossile, z.B. erneuerbare Energien, überwunden werden.

Gleichzeitig scheint die Entfaltung der Triebkräfte des US-geführten globalen Kapitalismus nach der Show um Clinton versus Obama als demokratische Präsidentschaftskandidaten bis November gehemmt zu sein. Es ist unklar, was im Weißen Haus passieren wird und welchen Einfluss die USA als westliche Führungsmacht auf das „Empire“ entfalten wird, wie es von Hardt/Negri beschrieben wird. Ideologisch und praktisch sind die so genannten „Neocons“ zwar außenpolitisch gescheitert und auch in den USA selbst an den Rand gedrückt. Dennoch stellen die USA trotz aller Abgesänge wirtschaftspolitisch die vitalste und institutionalisierteste Führungsmacht dar. Das Prinzip des Marktes aber zementiert die wirtschaftliche und politische Überlegenheit der alten westlichen Blöcke. Auch deshalb werden Fragen von sozialer und globaler Gerechtigkeit weiterhin vernachlässigt oder missachtet.

□ Kapital, Krisen und Kooperation – Stellschrauben für eine sozialdemokratische Außenpolitik

Die Frage, ob die erkennbaren ökonomischen Verschiebungen das Ende des US-amerikanisch geführten „Empires“ einleiten und wir am Beginn eines „asiatischen Jahrhunderts“ stehen, beschäftigt auch die Beiträge dieses Heftschwerpunkts. Sie orientieren sich an den vier „K“s, die die Friedrich-Ebert-Stiftung in ihrem Projekt „Kompass 2020“ definiert. Kapital, Krisen, Kooperation und Kultur sind die zentralen Faktoren für die Entwicklung der internationalen Beziehungen. Die folgenden Beiträge sollen insbesondere vor dem Hintergrund der Faktoren Kapital, Krisen und Kooperation gesehen werden. Sie bieten kein Gesamtkonzept, sondern arbeiten die existierenden Stellschrauben in den internationalen Beziehungen heraus, an denen sich eine linke deutsche Außenpolitik orientieren kann.

Den Aufschlag zum Thema „Kapital“ machen Britta Joerßen und Jochen Steinhilber, die sich mit der Verschiebung der globalen Wachstumsdynamik durch den rasanten ökonomischen Aufstieg einiger Schwellenländer auseinandersetzen. Ob es diesen Ländern gelingt, auf der internationalen politischen Bühne ihre Positionen als Gruppe durchzusetzen, hängt vor allem davon ab, ob sie zukünftig erfolgreich auch Gemeinsamkeiten jenseits trennender Aspekte wie Regierungsform und Gesellschaftsmodell formulieren. Für Deutschland bedeutet dies ein Umdenken, um den „Nachkriegsmultilateralismus“ so zu reformieren, dass in Zukunft wirksamer Multilateralismus eine Option bleibt. Den zweiten Beitrag aus politikökonomischer Perspektive liefert Werner Raza, der sich mit einer anderen Form des ökonomischen Multilateralismus auseinandersetzt: der EU-Außenhandelspolitik. Die neo-merkantilistisch inspirierte Außenhandelspolitik sieht Raza als notwendiges Gegenstück zu einer zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit und Standortkonkurrenz orientierten Wirtschaftspolitik. Dass eine europäische Wirtschaftspolitik auf die globalökonomischen Ungleichgewichte notwendigerweise reagieren wird, ist eine seiner Prognosen.



Mit schwelenden bzw. latenten Krisen im Bereich der Sicherheitspolitik setzen sich im Folgenden Rolf Mützenich und Guido Steinberg auseinander. Mützenich weist auf die Notwendigkeit des Multilateralismus für eine wirksame nationale Interessenpolitik hin. Abrüstung und Rüstungskontrolle stellen für ihn Teil der deutschen Staatsräson dar und müssen zum Nutzen aller aus ihrer existenziellen Krise geholt werden. Die Aufrechterhaltung bestehender Verträge, das Primat multilateraler Institutionen, die Stärkung schwacher und instabiler Staaten und schließlich die Einbindung der Schwellenländer gehören für ihn zu den ersten Schritten, die unternommen werden müssen, um globales Wetttrüsten jeder Art zu verhindern. Ergänzend dazu setzt sich Steinberg mit der Bedrohung durch nicht-staatliche Gewalt am Beispiel von al-Qaida auseinander. Er plädiert für eine stärker politisch orientierte Bekämpfung der Ursachen des islamistischen Terrorismus, die in dessen Heimatländern ansetzen muss. Er fordert von Deutschland und Europa einen konsequenten Einsatz für demokratische Reformen, um oppositionellen militanten Kräften die politische Frustration der Mehrheitsbevölkerung als Nährboden zu nehmen.

Die Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern stellt einen Schwerpunkt deutscher Außenpolitik dar, dem sich abschließend Ernst Kerbusch und Niels Annen widmen. Auf der Basis von fast 40 Jahren entwicklungspolitischer Erfahrung betont Kerbusch die Notwendigkeit, Strukturveränderungen gesellschaftspolitisch stärker zu flankieren. Am Beispiel der tektonischen Veränderungen der Parteienlandschaft Lateinamerikas ergänzt Annen dies um die Bedeutung einer strategischen Zusammenarbeit der SPD mit neuen parteipolitischen Akteuren auf dem Subkontinent. ■

- ☞ Kai Burmeister, Volkswirt, lebt in Offenbach.
- ☞ Cordula Drautz, Politikwissenschaftlerin, lebt in Berlin.
- ☞ Inken Wiese, Islamwissenschaftlerin, lebt in Berlin.

Schon seit ihrem gemeinsamen Juso-Engagement setzen sie sich aktiv für eine sozialdemokratische außenpolitische Agenda ein.

Die Fantastischen Vier und die Großen Sieben

von Britta Joerißen
und Jochen Steinhilber



» Mit einer Mischung aus Faszination und Schrecken wird in den Zentren des globalen Kapitalismus der rasante ökonomische Aufstieg einiger Schwellenländer verfolgt. Die Ökonomie Chinas, der Werkbank der Welt, soll sich in den kommenden 15 Jahren verdreifachen, Indien, der globale Dienstleister, könnte Wachstumschampion werden – durch High-Tech-Forschung, die Produktion hochwertiger Güter (z.B. im Gesundheitsbereich) und ein großes Reservoir an gut ausgebildeten und englisch sprechenden SpezialistInnen. Dies nährt auch den Aufschwung in den großen rohstoffreichen Ländern und Agrarproduzenten, allen voran Russland, das als Zapfsäule der Welt in erster Linie die fossilen Brennstoffe, aber auch Metalle liefert, und Brasilien, das als Rohstofflager und Ernährer die Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften Asiens mit Eisenerz, Sojabohnen und Rindfleisch versorgt.

BRIC – das Akronym, das Goldman Sachs 2001 für die aus ihrer Sicht vier vielversprechendsten Schwellenländer prägte, diente in den letzten Jahren immer wieder als Projektionsfolie sowohl für Markthoffnungen – mit Blick auf neue Absatzmärkte, Direktinvestitionen und Börsengewinne – als auch für Unsicherheiten über die möglichen Verschiebungen in der ökonomischen und politischen Weltordnung. Ob jedoch aus der Fingerübung für risikofreudige AnlegerInnen tatsächlich eine neue potente ökonomische und politische Konfiguration erwächst, ist bisher noch offen.



Foto: Christain Kiel

□ Eine neue Handelsgeografie?

Ohne Zweifel ist die Verschiebung der Wachstumsdynamik beeindruckend. Zwischen 2000 und 2006 haben die BRIC-Länder mit rund 30 Prozent zum globalen Wachstum beigetragen und ihren Anteil am Welthandel verdoppelt. 2008 werden die Schwellen- und Entwicklungsländer laut IWF im Schnitt um 6,4 Prozent, die etablierten Ökonomien um 1,3 Prozent wachsen. Entscheidend aber für die Frage der Hegemonie ist nach Susan Strange, ob die neuen Akteure auch in der Lage sind, die trägeren, aber grundlegenden Machtstrukturen – Produktion, Finanzen/Kreditfähigkeit, Wissen und Sicherheit – zu ihren Gunsten zu verändern.



Die globale Ökonomie wird maßgeblich durch die von Transnationalen Konzernen (TNK) getätigten Direktinvestitionen geprägt. 2007 flossen nach wie vor zwei Drittel aller Direktinvestitionen in die Industriestaaten. Doch konnten die BRIC bereits 16 Prozent auf sich vereinen – dreimal mehr als im Jahr 2000. Mehr noch: In den kommenden fünf Jahren wollen transnationale Konzerne laut der UNCTAD v.a. in die BRIC investieren, wobei China die USA zum ersten Mal als attraktivster Investitionsstandort abgelöst haben wird. Lange Zeit blieb unbeachtet, dass auch umgekehrt die Investitionsströme aus den Schwellenländern anzogen. 2006 entfielen rund neun Prozent der weltweit getätigten Direktinvestitionen auf die BRIC, ein zwar niedriger Wert, der sich seit Mitte der 80er Jahre jedoch fast verzweifacht hat. Und im Unterschied zu 1990, als gerade einmal sechs Schwellen- und Entwicklungsländer einen größeren FDI-Stock als 5 Mrd. hatten, waren es 2005 bereits 25. Dies wirkt sich insbesondere auf die Direktinvestitionen in den Süd-Süd-Beziehungen aus, die von zwei Mrd. (1985) auf 65 Mrd. (2005) in die Höhe schossen und heute mehr als ein Viertel der Direktinvestitionen in diesen Ländern ausmachen.

» Diese Entwicklung ist in erster Linie auf die wachsende Bedeutung von TNK aus den Schwellenländern zurückzuführen. Zwar haben es 2006 nur sieben Unternehmen aus diesen Ländern in die Top 100 der größten Unternehmen geschafft, in der Liste der „Fortune 500“ jedoch waren es bereits 47 gegenüber 19 in 1990. Auch der Anteil von Schwellen- und Entwicklungsländern an grenzüberschreitenden Mergers and Aquisitions stieg von 1987 fünf Prozent auf 17 Prozent in 2006. In den vergangenen Jahren waren allen voran riesige russische und chinesische Öl- und Gasunternehmen sowie die indischen Stahlkonzerne an Übernahmen und Aufkäufen beteiligt, wobei der Kauf von Arcelor durch die Mittal Steel Group mit 32 Mrd. USD die größte MuA in 2006 war. Aber auch Brasilien schickt mit Vale do Rio Doce (mittlerweile das weltweit größte Unternehmen in der Förderung von Metallen) und

dem belgisch-brasilianischen Brauereikonzerne ImBev (der mit seinem aktuellen 46 Mrd.-Dollar-Angebot für Anheuser-Busch zur größten Brauerei der Welt aufsteigen will) zwei Schwergewichte ins Rennen. Die politische Abwehrschlacht und die wirtschaftsnationalistischen Reflexe, die auf die Milliardenofferte des chinesischen Energieunternehmens CNOOC für den kalifornischen Ölkonzern UNOCAL folgten, zeigen, dass einige TNK aus dem Süden mittlerweile dort angekommen sind, wo es den alten StatthalterInnen weh tut.

In den letzten Jahren haben sich die Länder zudem finanzpolitisch deutlich konsolidiert und frühzeitig entschuldet. Selbst Brasilien, das lange Zeit als Synonym für die Verschuldung der Dritten Welt stand, wurde 2008 zum Gläubigerland. Zusammen verfügen die BRIC heute über 35 Prozent der weltweiten Devisenreserven. China ist mit 1,5 Billionen der größte Dollarhorter überhaupt (1992: 19 Milliarden). Bisher hatte das Reich der Mitte den Großteil dessen, was es auf der hohen Kante hat, konservativ in US-Staatsanleihen angelegt. Das große Zähneklappern begann, als China seine Strategie diversifizierte – durch den Kauf anderer Währungen (mit möglichen Folgen für die Stabilität des Dollars) und einen 200 Mrd. schweren Staatsfonds, mit dem es – ähnlich wie Russland – auf Einkaufstour gehen möchte, um Anteile an europäischen und US-amerikanischen Unternehmen zu erwerben.

Wesentlich schwächer sind bisher noch die Spuren, die die BRIC in der Wissensstruktur hinterlassen: Zwar stammen immer noch fast 95 Prozent aller angemeldeten Patente aus den Industriestaaten, doch hatte China im Jahr 2005 33 Prozent mehr Anmeldungen zu verzeichnen, und in zwei Jahren, so eine Studie der EU, wird China Europa bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung überholt haben. Rund 700.000 Ingenieure bilden Indien und China zusammen pro Jahr aus – das sind zehn Mal so viele wie in den USA und Europa.

Noch sind die Entwicklungswege für verlässliche Prognosen allerdings zu fragil: China muss reich werden, bevor es alt wird, die sinkenden Wachstumsraten ab 2012 sind dem Rückgang der demografischen Entwicklung geschuldet; Krisen in der Energieversorgung und die ökologischen Grenzen des Wachstums könnten in Indien und China die wirtschaftliche Dynamik empfindlich stören. In Russland führen die großen Gewinne aus den extraktiven Industrien dazu, dass der Aufbau einer diversifizierten Ökonomie vernachlässigt wird; alle vier haben zudem mit unbewältigten innerstaatlichen sozialen und politischen Transformationsprozessen zu kämpfen. Und schließlich wartet auch die globale Ökonomie mit einer Reihe von Unsicherheiten auf, wie z.B. die Ansteckungsgefahr durch eine Rezession in den USA oder ein stärkerer Protektionismus auf Seiten der entwickelten Länder.

»» Dennoch: Zwar bestimmen die Industrieländer nach wie vor die Grundstrukturen der globalen Ökonomie, doch der wachsende Einfluss von Ländern außerhalb der Triade USA-Japan-EU und die Verschiebungen (vor allem in der Finanzstruktur) machen Umbrüche in der globalen Ökonomie wahrscheinlich. China nimmt dabei in allen Belangen eine Sonderrolle ein. Ob die BRIC auch auf der politischen Landkarte ihre Spuren hinterlassen, wird entscheidend davon abhängen, ob die Schwellenländer künftig mit einer eigenständigen Außenpolitik fortfahren, ob es ihnen gelingt, sich als Gruppe klarere politische Konturen zu geben und schließlich, wie sich das Verhältnis zum global top dog USA entwickelt.

□ New Kids on the Block?

Der gemeinsame Gruppennamen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Länder zunächst mehr trennt als eint: Mit Blick auf ihre Ökonomien, ihre demografische Entwicklung, ihre militärischen Fähigkeiten und politischen Ressourcen sowie ihre Regierungsformen und Gesellschaftsmodelle sind sie sehr verschieden. Jedoch lässt sich bei allen vier Ländern eine stärkere Öffnung gegenüber

außenpolitischen Fragen und eine zupackendere Außenpolitik erkennen. Während große Teile des Globus bis vor zwei Jahrzehnten noch weitgehend terra incognita für die chinesische Diplomatie waren, muss China sich heute – auf der Suche nach Absatzmärkten und Investoren, vor allem aber nach Rohstoffen und Energie – auch in Regionen behaupten, an denen sein strategisches Interesse traditionell gering war. Besonders im Mittleren Osten und Afrika pflegt es seinen Nimbus, für Souveränität und gegen „regime change“ einzutreten und präsentiert sich den oft isolierten Ländern als Handelspartner, Investor, Technologielieferant, Kreditgeber und Entwicklungshelfer. China transportiert zugleich neue Leitbilder, wie das der „souveränen Demokratie“, das im Namen lokaler Mentalitäten und ökonomischer Entwicklungsstrategien die Konzentration der Macht und die Einschränkung der Freiheitsrechte rechtfertigt. Ähnliches gilt für Russland, der „gestrandeten Weltmacht“ (Dmitri Trenin), die nach Jahren des freien Falls mit einer ressourcenorientierten Außenpolitik wieder stärker in das Weltgeschehen eingreift. Auch scheinen die arriviste powers die regionale Ebene wieder als politische Spielwiese entdeckt zu haben, um den Anspruch auf globale Mitsprache zu legitimieren und um den Einfluss externer Akteure – in erster Linie der USA – zurückzudrängen. So blockierte Brasilien die Bildung einer gesamtamerikanischen Freihandelszone, Peking hat seine Präsenz in den südostasiatischen Regionalforen verstärkt und versucht zusammen mit Moskau in der Shanghai Cooperation Organisation die zentralasiatische Region an sich zu binden. Darüber hinaus lassen sich auch die ersten zarten Pflänzchen eines „Süd-Süd-Multilateralismus“ erkennen, dessen Ferment in erster Linie die ökonomische Kooperation bildet. Hierbei handelt es sich zwar eher um thematische Zusammenschlüsse als um stabile politische Blöcke. Im Rahmen der WTO-Verhandlungen führt jedoch an Brasilien und Indien und der von ihnen geführten G-20 kein Weg mehr vorbei. Auch bei IBSA, die mittlerweile institutionalisierte Kooperation zwischen Indien, Brasilien und Südafrika, stehen handels- und wirtschaftspolitische Fragen im Vordergrund – wie der Handel mit Generika oder der

Ausbau des Luft- und Schiffsfrachtverkehrs. Diese werden jedoch zunehmend durch Technologiekooperationen (z.B. im Bereich der Agrotreibstoffe und der Weltraumforschung) ergänzt. Schließlich zeigte jüngst das erste Treffen der BRIC in Jekaterinburg, in dem es u.a. um Terrorismusbekämpfung, Rüstungs- und Energiefragen ging, dass das Akronym nun ein politisches Eigenleben zu führen beginnt.

» Doch die Ausstrahlungskraft der verschiedenen Grüppchen wird nicht zuletzt davon abhängen, wie sich das Verhältnis zu den USA entwickelt und wie integrations- und innovationsfreundlich sich die bisher von den etablierten Industrieländern dominierten Institutionen zeigen. Auch in den kommenden Jahren werden die USA die Entwicklungen in den internationalen Beziehungen bestimmen, nicht zuletzt über den mit Abstand stärksten Militärapparat, den trotz teilweiser massiver Rüstungsanstrengungen keines der Länder auch nur annähernd erreichen wird. Vom Wohl und Wehe der Zusammenarbeit mit der „unverzichtbaren Nation“ (Madeleine Albright) wird es auch abhängen, wie sich die BRIC in der internationalen Politik bewegen. Zumindest Russland und China gelten in den Clubs rund um den Capitol Hill nicht immer als like-minded-countries. Alle vier BRIC-Länder eint die Unsicherheit über die Politik der Vereinigten Staaten: Indien war lange Zeit beunruhigt über Washingtons enge Zusammenarbeit mit Pakistan, Brasilien ist unsicher darüber, welche Rolle Lateinamerika zukünftig für die USA spielen wird, Russland sieht sich zunehmend ausgeschlossen von Entscheidungen, die seine elementaren Interessen betreffen, und China fragt sich, ob die aktuell guten Beziehungen nur dem „Kampf gegen den Terror“ geschuldet sind. Doch ein geschlossenes antiamerikanisches Bollwerk oder gar eine, wie von Huntington vorhergesagte, „islamisch-konfuzianische“ Allianz ist nicht in Sicht. Die überragende strategische Bedeutung der sino-amerikanischen Beziehungen für Chinas ökonomische Entwicklung und seine sicherheitspolitische Situation führte Peking immer wieder an die Seite der USA. Indien ist über Militär-, Technologie- und Wirtschafts-

abkommen fest an die USA gebunden, und Brasilien wird von den USA mit attraktiven Handelsvereinbarungen bedacht – und als wichtige Ausgleichsmacht zu Venezuela gesehen. Allein die Beziehungen zu Russland haben sich in den letzten Jahren wieder verschlechtert. Während es den USA in den vergangenen Jahren auf bilateraler Ebene gelang, drei der vier BRIC Staaten zu umhegen, sind die bisher von Seiten der Industrieländer ausgesandten Signale, die rising powers besser in das globale Management einzubinden, schwach. Nach der gescheiterten Reform des UN-Sicherheitsrates und mit Blick auf die marginalen Anpassungen der Kapitalanteile im Internationalen Währungsfonds und den sehr verhaltenen Öffnungsprozess der G8 („Heiligendamm-Prozess“) deutet wenig darauf hin, dass die rising powers rasch und umfassend in das bestehende, westlich geprägte Institutionensystem integriert werden können.

Was bedeutet die Ankunft der Schwellenländer auf der politischen und ökonomischen Bühne für Deutschland? Der Handelsstaat Deutschland wird vom Aufschwung der BRIC eher profitieren. Jedoch wird das Entwicklungsdilemma, das in den vergangenen Jahren von den sicherheitspolitischen Auseinandersetzungen überlagert wurde, wieder an Bedeutung gewinnen. Und zwar in doppelter Weise: Denn während die flat world (Thomas Friedman) Shanghai, Sao Paulo und Bangalore erreicht hat, dehnt sich zugleich auch der Planet of Slums (Mike Davis) aus. Die künftige Konstitution der Welt wird sich weniger zwischen den BRIC und den Industrieländern entscheiden, als vielmehr an der Frage der Verteilungsgerechtigkeit sowohl zwischen den Ländern als auch innerhalb der Gesellschaften. Zugleich kommt mit der nachholenden Entwicklung der Schwellenländer das Entwicklungsmodell der Industrieländer, z.B. durch ökologische Krisen und steigende Rohstoffkonkurrenz, noch weiter an seine Grenzen. Dies könnte die bisher trotz temporärer Klimadebatten nur latent vorhandene Ahnung, dass eine sozial gerechte und nachhaltige globale Entwicklung ohne ein neues Entwicklungsmodell nicht zu haben ist, verstärken. Ein Umdenken muss von den Industrieländern ausgehen.

» » Deutschlands Politik der verflochtenen Interessen ist auf funktionsfähige multilaterale Institutionen angewiesen. Die neuen AkteurInnen verdeutlichen noch einmal die Notwendigkeit, den unter seinen alten Strukturen ächzenden Nachkriegsmultilateralismus zu reformieren. Leichter wird diese Aufgabe mit den BRIC jedoch nicht zu bewältigen sein. Alle vier gehören der „modernen Staatenwelt“ (Robert Cooper) an, die durch Souveränität und Nichteinmischung gekennzeichnet ist und bis dato wenig Begeisterung für die transnationalen Politikexperimente der „postmodernen Zone“ EU gezeigt hat. Dies engt auch die Spielräume ein, die Länder als Bündnispartner für einen „wirksamen Multilateralismus“ gewinnen zu können. Hand in Hand mit der weiteren Marktdurchdringung durch die Schwellenländer könnte somit eine Renaissance des klassischen Regierens gehen, das – eher „Government without Governance“ – auf Coalitions of the Willing und einen allenfalls selektiven, zwischenstaatlichen Multilateralismus setzt.

» » Gerade in Zeiten, in denen die Sehnsucht nach scheinbar trennscharfen Freund-Feind-Schemata wieder zunimmt, muss jedoch deutlich gemacht werden, dass wir nicht bereits am Ende der Geschichte, sondern erst am Anfang der Diskussion über effiziente und tragfähige globale Strukturen stehen, die helfen, über Vertrauen Unsicherheit und Komplexität abzubauen und neue Gestaltungsräume zu eröffnen. Auch in schwierigerem Fahrwasser wird deshalb nicht die Selbstentbindung von globalen Regeln, sondern nur der beharrliche Ausbau der Global Governance auf der Grundlage starker Vereinter Nationen zum Ziel führen. ■

↳ Britta Joerißen ist Politikwissenschaftlerin.

↳ Jochen Steinhilber ist Politikwissenschaftler.

Beide leiten das Büro Brasilien der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zuvor begleiteten sie das FES-Projekt Kompass 2020. Weitere Informationen: www.fes.de/kompass2020

PapyRossa Verlag



Georg Fülberth: »Doch wenn sich die Dinge ändern« – Die Linke | Broschur;
169 Seiten; EUR 12,90

»Die Linke« will das Vakuum füllen, das der Untergang des bundesdeutschen Sozialstaats und der DDR hinterlassen hat. Georg Fülberth fragt nach ihrem Platz in der Opposition gegen Marktradikalismus und neue deutsche Weltpolitik.



Rolf Verleger:
Israels Irrweg – Eine jüdische Sicht
Broschur; 163 S.; EUR 12,90

„Das Judentum ist Leuten in die Hände gefallen, denen Volk und Nation höhere Werte sind als Gerechtigkeit und Nächstenliebe.“ Rolf Verleger, Mitglied im Direktorium des Zentralrats der Juden in Deutschland, möchte dies ändern und kritisiert Israels Politik als fatal.

Tel. (02 21) 44 85 45 | Fax 44 43 05 |
mail@papyrossa.de | www.papyrossa.de

Neo-Merkantilismus im Dienste des europäischen Kapitals

EU-Außenhandelspolitik

von Werner Raza



Foto: Gerard Cerles



□ **Wenig transparente, exekutivlastige Strukturen**

Die Außenhandelspolitik der EU ist geprägt von einem recht komplexen Set von Kompetenzen und Beziehungen zwischen den europäischen Institutionen (EU-Kommission, Rat, Europäisches Parlament), den Mitgliedsstaaten und den Unternehmens- und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Bereits der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von 1957 (Römische Verträge) enthielt Vereinbarungen über eine Gemeinschaftskompetenz in der Außenhandelspolitik. In historischer Betrachtung lässt sich eine langfristige Verschiebung dieser Kompetenzen von den Mitgliedsstaaten auf die EU-Ebene feststellen. Artikel 133 des EG-Vertrags überträgt der Gemeinschaft eine umfassende Kompetenz zur Aushandlung von Handelsverträgen. Das Recht zur Aufnahme

und Durchführung von Außenhandelsvereinbarungen wird dabei von der EU-Kommission wahrgenommen, allerdings auf Grundlage eines Mandats, das der Rat zu beschließen hat. Üblicherweise entscheidet der Rat zu Außenhandelsfragen im Konsens. Die Unklarheit der Bestimmungen des Artikels gewann mit dem Aufkommen so genannter neuer Themen in der Außenhandelspolitik schon während der Uruguay-Runde des Allgemeinen Zoll- und Freihandelsabkommens (GATT) von 1986 bis 1994 an Bedeutung. Die neuen Themen umfassen insbesondere den internationalen Dienstleistungsverkehr, die geistigen Eigentumsrechte, und die Deregulierung der internationalen Investitionstätigkeit. Der Unwillen vonseiten der Mitgliedsstaaten, diese sensiblen Themen der ausschließlichen Gemeinschaftskompetenz zu überlassen, führte in den Verträgen von Amsterdam und Nizza zu einer geteilten Zuständigkeit zwischen Union und Mitgliedsstaaten. Handelsvereinbarungen zu bestimmten sensiblen Dienstleistungen (Bildung, Gesundheit, audiovisuelle und kulturelle Dienstleistungen) bzw. zur Investitionspolitik benötigen demnach die Zustimmung aller Mitgliedsstaaten.

In der politischen Praxis werden die Aktivitäten der EU-Kommission als initiativem Akteur der EU-Außenhandelspolitik nur mit dem Rat, d.h. den Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten abgestimmt. Die entscheidende Rolle in der Gestaltung der Außenhandelspolitik spielt dabei ein informelles Gremium, der so genannte ad-hoc-Ausschuss nach Artikel 133. Dieser Ausschuss ist für das politische und technische Tagesgeschäft zuständig. In ihm sind die Mitgliedsstaaten und die EU-Kommission auf Fachbeamtennebene vertreten. Dieses Gremium wird sowohl von unabhängigen Fachleuten als auch von vielen NGOs als eines der mächtigsten der EU beschrieben. Über die Sitzungen werden in der Regel keine Informationen veröffentlicht. Die daraus resultierende Intransparenz und mangelhafte Verantwortlichkeit der EU-Handelspolitik wurde daher in den letzten Jahren von Gewerkschaften, NGOs und globalisierungskritischen Organisationen wie attac immer wieder kritisiert.

» Wenig überraschend spielen auch in der EU-Außenhandelspolitik vor allem große Unternehmen und deren Lobbying-Organisationen die führende Rolle in der Artikulation und Durchsetzung gesellschaftlicher Interessen. Zu nennen sind hier insbesondere Business Europe und das ESF (European Services Forum). Um diesen inneren Kreis der Politikformulierung, gruppieren sich zwei weitere Diskussionszusammenhänge, nämlich das Europäische Parlament (EP), andererseits die interessierte Zivilgesellschaft. Die Rechte des EP sind darauf beschränkt, von der Kommission informiert zu werden, und seine Meinung zu den diversen handelspolitischen Themen abgeben zu können. Formale Mitentscheidungsrechte würde das EP erst durch den Vertrag von Lissabon bekommen. Mit der Zivilgesellschaft ist die Kommission erst in Reaktion auf die heftigen Protestaktionen und Kampagnen der globalisierungskritischen Bewegung seit Ende der 1990er Jahre in Dialog getreten. Freilich wird der Informationsgehalt dieser Treffen als mangelhaft und als wenig einflussreich für die Handelspolitik gesehen.

□ Vom Multilateralismus zum aggressiven Bilateralismus?

Im Oktober 2006 hat die EU-Kommission unter dem Titel „Global Europe – competing in the World“ ein neues Strategiepapier vorgestellt. Wesentliche Motivation dieses Papiers ist der schleppe multilaterale Verhandlungsprozess im Rahmen der WTO-Doha-Runde, auf welchen sich die EU-Handelspolitik seit 2001 stark konzentriert hatte. Auch wenn die Doha-Verhandlungen wider

Erwarten noch ein Ergebnis zeitigen sollten, war schon seit einiger Zeit absehbar, dass dieses beträchtlich hinter den Liberalisierungsvorstellungen der EU zurückbleiben würde. Insofern lag es für die FreihandelsstrategInnen der EU-Kommission, aber auch exportorientierter Mitgliedsstaaten wie Deutschland, nahe, die handelspolitische Agenda wieder stärker auf die bilaterale Schiene zu verlegen. In dieser neuen Strategie greift die EU wieder all jene Themen auf, welche sie in den WTO Verhandlungen nicht oder nur partiell durchsetzen konnte. Dazu zählen insbesondere die Liberalisierung von Dienstleistungen und Investitionen, Wettbewerbsregelungen, Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens und Durchsetzung geistiger Eigentumsrechte. Die EU-Handelspolitik soll sich für eine aggressive Marktöffnung zugunsten europäischer Unternehmen ins Zeug legen. Besonders nicht-tarifäre Handelshemmnisse in Drittstaaten sollen beseitigt werden. Regional wird der Schwerpunkt auf die neuen Wachstumsmärkte Asiens (Korea, Indien, China) und auf Lateinamerika gelegt. Eine strategische Rolle zur Rohstoff-sicherung spielen die laufenden Verhandlungen mit den der Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP), die sich allerdings aufgrund des Widerstands afrikanischer Staaten schwieriger als erwartet darstellen. Grund dafür ist, dass den AKP-Staaten weit reichende Marktöffnungen abverlangt werden, welche zu schwerwiegenden wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen führen könnten. Die südlichen und östlichen Mittelmeer-Anrainerstaaten (EuroMed) sollen schließlich für europäische Dienstleistungsunternehmen und Investoren geöffnet werden.

Foto: www.fotolia.de, ©erolus



Foto: Christian Kiel



» Mit diesem massiven Arbeitsprogramm wird die EU-Außenhandelspolitik der kommenden Jahre explizit in den Dienst der Lissabon-Strategie gestellt. Wachstum und Beschäftigung sollen durch die Akzentuierung der Weltmarktorientierung der europäischen Wirtschaft geschaffen werden. Im Gegenzug ist die Kommission bereit, auch den EU-Wirtschaftsraum noch stärker zu öffnen bzw. in regulatorischer Hinsicht mit den HaupthandelspartnerInnen eine weitgehende Harmonisierung durchzusetzen. Letzteres ist explizites Ziel der von der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 lancierten Transatlantischen Partnerschaft mit den USA. Damit steht zu befürchten, dass der zum Beispiel anlässlich der Diskussion um die neue EU-Chemikaliengesetzgebung (REACH) zu beobachtende Trend, dass andere Staaten bzw. transnational operierende Unternehmenslobbies massiv in EU-Rechtssetzungsprozesse eingreifen, sich noch verstärken wird.

□ **Ausblick: aggressive Außenorientierung, Wachstumsschwäche und globale Risiken**

Auf den ersten Blick war die EU-Außenhandelspolitik der letzten 15 Jahre durchaus erfolgreich: Die Leistungsbilanz der EU-15 hat sich in der Periode 1990-2005 insgesamt verbessert. Waren vor 1992 Leistungsbilanzdefizite die Regel, so wurden in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre und in den Jahren 2002-2004 Leistungsbilanzüberschüsse erzielt. Die aus 12 zum Teil stark importlastigen Ländern bestehenden Erweiterungsrounds 2004 und 2007 sowie die Rohstoffpreissteigerungen der letzten Jahre haben die Außenhandelsposition der EU-27 wieder etwas verschlechtert. Trotzdem liegen die aktuellen Leistungsbilanzdefizite der EU-27 in einer nicht besorgniserregenden Größenordnung von rund 1 Prozent des EU-BIP, während die EU-Kernländer (EU-15) weiterhin moderate Leistungsbilanzüberschüsse erwirtschaften.

» Die andere Seite der Medaille besteht allerdings darin, dass in makroökonomischer Hinsicht die Wachstumsperformance des EU-Wirtschaftsraums während derselben Periode im langfristigen Vergleich wohl als unterdurchschnittlich einzustufen ist. Das restriktive monetäre und fiskalische Regime der EU, eine vor allem in den kontinentaleuropäischen Ländern wie Deutschland und Österreich forcierte Politik der Lohnzurückhaltung und Arbeitszeitflexibilisierung und ein Rückbau der Systeme der sozialen Sicherheit haben zu einer stagnierenden binnenwirtschaftlichen Entwicklung geführt. Der starke Export konnte diese kontraktiven Kräfte nicht nur nicht kompensieren, sondern die Implementierung einer zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit und Standortkonkurrenz orientierten Wirtschaftspolitik muss als notwendiges Gegenstück zu einer neo-merkantilistisch inspirierten Außenhandelspolitik gesehen werden. Steigende Exportüberschüsse und forcierte Expansionsstrategien von EU-Unternehmen bei gleichzeitig stagnierender Binnennachfrage, hoher Arbeitslosigkeit und abnehmender sozialer Kohäsion sind dann einander bedingende Elemente eines extensiven, d.h. produktivitäts- und wachstumsschwachen, außenorientierten Wirtschaftsmodells.

Angesichts der großen globalökonomischen Ungleichgewichte und der im Frühsommer 2007 ausgehend von den USA virulent gewordenen Finanzkrise ist es höchst zweifelhaft, ob diese Politik mittel- und langfristig durchhaltbar sein wird. Die Schwäche des US-Dollar und im Gegenzug die Stärke des Euro werden voraussichtlich noch 2008 auf den Export durchschlagen und damit die Wachstumsdynamik in der EU dämpfen. Die Frage ist, wie die europäische Wirtschaftspolitik darauf reagieren wird: mit weiterem Druck auf die Lohnabhängigen und Steuergeschenken für Unternehmen zur Steigerung der externen Wettbewerbsfähigkeit, oder mit einer Stimulierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage als Kernelement einer binnenwirtschaftlich orientierten Wachstumsstrategie? ■

☞ Werner Raza ist Mitarbeiter der Arbeiterkammer Wien und Lehrbeauftragter für Außenhandelspolitik an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Abrüstung und Rüstungskontrolle als vitale deutsche Interessen | von Rolf Mützenich

Foto: Christian Kiel

□ Deutsche Interessen und das Primat des Multilateralismus

Unabhängig davon, ob ein Staat heute angesichts des sich ständig ändernden internationalen Umfelds auswärtige Interessen überhaupt jenseits von Allgemeinplätzen dauerhaft bestimmen kann, mangelt es keineswegs an Papieren und Strategien, die Deutschlands außenpolitische Interessen zu definieren versuchen: Das Weißbuch von 2006, die europäische Sicherheitsstrategie und die europäische Strategie gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen von 2003 sind dabei die wichtigsten Grundlagendokumente, in denen die deutschen und europäischen Interessen ausführlich behandelt werden.

» Was sind nun deutsche Interessen? Als rohstoffarmer Handelsstaat ist Deutschland auf eine internationale Ordnung, Verträge und internationale Organisationen angewiesen, die die globalen Rahmenbedingungen berechenbar machen und die Einhaltung der Regeln garantieren. Auch wenn die „Berliner Republik“ mit veränderten und gewachsenen Erwartungen ihrer PartnerInnen konfrontiert wurde, hat sich an den Grundkonstanten deutscher Außen- und Sicherheitspolitik in einem dicht gesponnenen Netz institutioneller Bindungen auf den ersten Blick wenig geändert. Das Hauptmerkmal ist nach wie vor ein ausgeprägter Multilateralismus und die Abneigung gegenüber Sonderwegen und Alleingängen. Immer gemeinsam mit PartnerInnen, niemals alleine, lautet nach wie vor die Devise deutscher Außenpolitik. Man kann von einer „Never alone-Doktrin“ sprechen. Aus diesem Grunde ist deutsche Außenpolitik in hohem Maße auch Institutionen-Politik.



Multilateralismus schließt dabei nationale Interessenpolitik nicht aus, sondern ist geradezu Voraussetzung für eine solche. Die Abgabe von Souveränität und die Selbsteinbindung in die transatlantischen und europäischen Strukturen war somit nicht nur ein innovativer Ansatz, sondern folgte auch einem klaren Kalkül: Denn die uneingeschränkte deutsche Integrationsbereitschaft war ein Hebel, um im Rahmen dieser integrativen Strukturen wieder Einfluss und Mitsprache zu erlangen. Trotz des Stöhnens über die hohen deutschen Nettozahlungen dient die EU auch als Instrument deutscher Wirtschaftsinteressen. Bereits in der Vergangenheit verfolgte die deutsche Außenpolitik selbstverständlich nationale Interessen, auch wenn diese als europäische deklariert wurden. Deutsche Interessen und europäische Interessen sind im Großen und Ganzen deckungsgleich. Und dies unabhängig davon, dass in einzelnen Politikbereichen wie der Finanz-, Wirtschafts-,



Agrar- und Arbeitsmarktpolitik auch auf europäischer Ebene mit harten Bandagen gekämpft wird. Ohne die weitere Integration der Europäischen Union wird Deutschland kaum eines seiner außenpolitischen Ziele erfolgreich umsetzen können. Dass die Weltmacht USA trotz vieler transatlantischer Gemeinsamkeiten naturgemäß andere bzw. weitergehende Interessen verfolgt als die europäischen Demokratien, hat die Regierung von George W. Bush seit Amtsantritt eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

» Es gibt jedoch auch einen Preis, der zu zahlen ist. Multilateralismus ist verbunden mit einem Verlust an Autonomie und mit Verpflichtungen und Kosten. Bei der Umwandlung der Bundeswehr zur Interventionsarmee geht es deshalb weniger um die Rückkehr der deutschen „Militärmacht“ und eine dahinter stehende offene Strategie oder gar einen Masterplan. Deutschland agiert diesbezüglich weniger, sondern reagiert vielmehr auf die Anforderungen der Verbündeten. Die oft beklagte „Militarisierung“ der deutschen Außenpolitik ist deshalb auch Konsequenz des Multilateralismus, der Einbindung in NATO, UNO und EU. Im Gegensatz zur Weltmacht USA hat Deutschland hier nicht – oder nur zu einem hohen Preis – die Möglichkeit von Alleingängen oder gar einer opting-out-Klausel.

□ Die Sicherheitsstrategie der Union – überflüssig und gefährlich!

Anfang Mai diesen Jahres sorgte die CDU/CSU-Fraktion mit der Formulierung einer nationalen Sicherheitsstrategie für Aufregung. Dabei ging es den Außenpolitikern der Union offensichtlich nicht um eine neue Bedrohungsanalyse, sondern um eine unzulässige Vermischung von innerer und äußerer Sicherheit, einer Stärkung des Kanzleramts gegenüber den übrigen Ressorts sowie einer Schwächung des Parlaments gegenüber der Exekutive. Zudem verschwimmen in der Sicherheitsstrategie von CDU und CSU die Grenzen zwischen Krieg und Frieden nun endgültig. Ebenso taucht

die altbekannte Forderung von Wolfgang Schäuble und anderen auf, für einen „Einsatz der Bundeswehr im Innern (...) klare Rechtsgrundlagen zu schaffen und Zuständigkeiten anzupassen“. Dahinter steckt Methode und der wiederholte, unverhohlene Versuch, die historisch begründete Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit aufzuweichen.

Ein weiterer Vorschlag der Unionsaußenpolitiker sieht vor, einen „Nationalen Sicherheitsrat als politischer Analyse-, Koordinierungs- und Entscheidungs(!)zentrum“ auszubauen. Mit anderen Worten: Der bereits bestehende, 1955 gegründete und geheim tagende Bundessicherheitsrat soll aufgewertet und mit einem handlungsfähigen Stab ausgestattet werden. Das Gremium koordiniert schon heute die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Regierung und entscheidet über Rüstungsexporte. Ihm gehören neun Mitglieder an: die Kanzlerin, der Chef des Kanzleramts, der Außenminister sowie die MinisterInnen für Verteidigung, Inneres, Finanzen, Justiz, Wirtschaft sowie für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Es gibt meiner Überzeugung nach keinen Anlass daran zu zweifeln, dass der Bundessicherheitsrat seine Aufgaben der Koordination sicherheitsrelevanter Fragen auch in Zukunft ordnungsgemäß wird erfüllen können. Im übrigen bleibt die Notwendigkeit eines koordinierten und schnellen Regierungshandelns in erster Linie eine Frage der politischen Führung.

Last but not least fordert das Unionspapier, das Parlamentsbeteiligungsgesetz sei „anzupassen“, damit die Bundeswehr in multinationalen Eingreifverbänden auch dann kurzfristig einsetzbar sei, wenn „eine Entscheidung des Bundestags nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann“. Dabei zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, dass es in der Regel genügend Vorlaufzeit gibt, damit das Parlament verfassungsgemäß über eine Beteiligung der Bundeswehr an militärischen Kampfeinsätzen entscheiden kann. Für die Beibehaltung dieser bewährten Praxis spricht auch, dass deutsche Truppen nur dann tätig werden können, wenn der Einsatz auf der Grundlage

internationalen Rechts stattfindet. Unabdingbare Voraussetzung für den Einsatz deutscher Streitkräfte bleibt ein entsprechender Sicherheitsratsbeschluss der Vereinten Nationen.

Ohne Not geben sich die Abgeordneten von CDU/CSU wieder der seltsamen Neigung hin, sich selbst wichtige Befugnisse zu nehmen. Offenbar herrscht in weiten Teilen der Union die tiefe Überzeugung, dass weniger Kompetenzen für das Parlament mehr Sicherheit für Deutschland bedeuten. In einer Zeit globaler Sicherheitsrisiken ist jedoch nicht weniger, sondern mehr parlamentarische Kontrolle über die Sicherheitsorgane nötig. Dies sehen immer mehr unserer PartnerInnen im Bündnis ebenso: Der deutsche Parlamentsvorbehalt findet immer mehr NachahmerInnen in anderen europäischen Parlamenten.

» Auch wenn die Tradition der zivilen Außenpolitik in Deutschland der Union offenbar ein Dorn im Auge bleibt, ist sie nicht ohne Grund aus historischen Gründen im Grundgesetz verankert worden. Es ist zudem nur schwer ersichtlich, was der „Mehrwert“ einer deutschen Sicherheitsstrategie sein soll, wenn es bereits eine europäische gibt. Derzeit gibt es keine Partei im Bundestag, die bereit wäre, der Union bei dieser radikalen Neuausrichtung der deutschen Sicherheitspolitik, verbunden mit der Selbstentmachtung des Parlaments, zu folgen.

□ Abrüstung und Rüstungskontrolle als deutsche Staatsräson

Nach einem Jahrzehnt der Abrüstung, das 1987 mit dem INF-Vertrag begann und 1997 mit der Chemiewaffenkonvention endete, steigen die Militärausgaben seit 1998 wieder deutlich an. Laut SIPRI-Jahrbuch 2007 wurden im Jahr 2006 ca. 900 Milliarden Euro weltweit für militärische Zwecke ausgegeben. Das waren 3,5 Prozent mehr als 2005. In den letzten zehn Jahren sind die Rüstungsausgaben damit weltweit um 37 Prozent gestiegen. Die USA liegen dabei mit großem Abstand an der

Spitze: Auf sie entfallen mit 396,2 Milliarden Euro, 42 Prozent der globalen Rüstungsausgaben. Auch beim internationalen Waffenhandel ist seit 2002 ein Anstieg um 50 Prozent zu verzeichnen.

Fast 20 Jahre nach Ende des Kalten Krieges lagern weltweit noch gut 30.000 nukleare Sprengköpfe. Die mehrfache Vernichtungskapazität der Menschheit hat sich seit 1989 also nur unwesentlich verringert. Dafür ist die Verteilung der Massenvernichtungswaffen brisanter geworden. In den Planungsstäben der Großmächte erlebt die Atombombe eine strategische Renaissance. Nahezu unbemerkt von der Weltöffentlichkeit befinden sich die führenden Militärmächte wieder längst in einem neuen atomaren Rüstungswettlauf, der dringend gestoppt werden muss.

Abrüstung und Rüstungskontrolle befinden sich heute in einer tiefen, vielleicht sogar existenziellen Krise. Wesentliche rüstungskontrollpolitische Errungenschaften sind in Gefahr. Weder der angepasste KSE-Vertrag (AKSE), noch der atomare Teststoppvertrag (CTBT) sind in Kraft. 2005 scheiterte die Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag. Auch die zunehmende Verbreitung von Raketensystemen aber auch die Raketenabwehrpläne der USA geben Anlass zu großer Sorge.

» Das System internationaler Beziehungen und Verträge, das die Weiterverbreitung von Waffen verhindern soll, ist akut einsturzgefährdet. Es stammt aus einer Zeit der Unsicherheit des Kalten Krieges. Heute treten Regionalmächte auf den Plan, die ihre Machtinteressen ohne Einordnung in ein Ost-West-Schema verfolgen. Zwar hat die Gefahr eines „nuklearen Weltkrieges“ abgenommen, gleichzeitig treten aber an diese Stelle andere, bisher unbekannte Gefahren für die internationale Sicherheit: schwache und instabile Staaten, die mit Massenvernichtungswaffen ausgerüstet sind, oder nicht-staatliche Akteure, die an Bedeutung gewinnen. Als neue Herausforderung für die Rüstungskontrollbemühungen erweisen sich zunehmend die Aufrechterhaltung des staatlichen Gewaltmonopols,

die Verminderung der Zerstörungswirkung von Waffen und die Reduzierung ihrer Kosten. Mit der Überwindung des Kalten Krieges scheint weitgehend das Bewusstsein für die Notwendigkeit des Erhalts des geschaffenen Rüstungskontroll-Acquis wie auch weiterer Anstrengungen im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle verloren gegangen zu sein. Aber es sind weiterhin die bestehenden multilateralen Verträge, die die Grundlage für eine kooperative Sicherheitsordnung darstellen.

» Die Bundesrepublik hat in der Vergangenheit in der NATO, EU, G8, IAEA, den Vereinten Nationen und in nuklearen Rüstungskontrollforen, wie z.B. der Überprüfungskonferenz zum NVV 2005, einen wichtigen und konstruktiven Beitrag zur nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle geleistet. Auch im Rahmen der Gespräche um das Atomprogramm des Iran hat die Bundesregierung mäßigend auf die Akteure eingewirkt. Nicht zuletzt bemüht sich Außenminister Frank-Walter Steinmeier, z.B. in der deutsch-norwegischen NATO-Initiative vom 7. Dezember 2007, im Bereich der nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle außenpolitische Spielräume zu nutzen. Dass es auf dem NATO-Gipfel am 3./4. April 2008 gelang, Abrüstung und Rüstungskontrolle als genuine Aufgabe der NATO in das Abschlusskommuniqué von Bukarest mit aufzunehmen (Ziffer 39 der Gipfelerklärung von Bukarest) und die bislang noch skeptischen Partner USA und Frankreich einzubinden, ist ein Erfolg der deutschen Diplomatie.

□ Fazit

Abrüstung und Rüstungskontrolle müssen wieder zu einem Ordnungsprinzip der internationalen Beziehungen werden. In den vergangenen Jahrzehnten hat diese Strategie die Welt sicherer gemacht. Während des Ost-West-Konflikts trug Rüstungskontrolle maßgeblich zur Kriegsverhütung und Vertrauensbildung bei. Sie schuf die Voraussetzung für Kooperation und Wandel. Die Begrenzung und der Abbau der strategischen Kernwaffen, die Vernichtung sämtlicher Mittel-

streckenraketen, der Nicht-Weiterverbreitungsvertrag, das Chemiewaffenabkommen, die Bio-Waffen-Konvention und die Beschränkung der konventionellen Rüstung in Europa sind nur einige wichtige Beispiele.

Rüstungskontrolle ist somit kein „überholtes Konzept“, sondern angesichts neuer sicherheitspolitischer Herausforderungen notwendiger denn je. Auch wenn man sich keine Illusionen darüber machen sollte, dass es auch künftig Versuche geben wird, Rüstungskontrollverträge zu umgehen und zu unterlaufen, gibt es zur vertragsbasierten und verifizierbaren Rüstungskontrolle nur eine unvernünftige Alternative. Weltweites nukleares, chemisches, biologisches und konventionelles Wettrüsten. Ein solches liegt in Niemandes Interesse. ■

☞ Dr. Rolf Mützenich, MdB, ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss sowie Abrüstungs- und Nahostpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

LINKE?
Bei uns schon
seit 1863!

Mitglied werden!

DL 21

Forum demokratische Linke
Die Linke in der SPD

www.forum-dl21.de

Al-Qaida und die Diktatoren: Ein Plädoyer für eine (außen)politische Terrorismusbekämpfung

von Guido Steinberg



Der internationale Terrorismus im Jahr 2008 ist weitgehend deckungsgleich mit dem Terrorismus jihadistischer Organisationen. Al-Qaida ist hierbei nicht die einzige, aber doch die bei weitem einflussreichste Gruppierung und ist geradezu zu einem Synonym für islamistischen Terrorismus geworden. Ihre Entwicklung wird auch die Zukunft des islamistischen Terrorismus insgesamt prägen.

Al-Qaida war lange Zeit stark geschwächt. Durch den Verlust ihres Hauptquartiers und der sicheren Rückzugsbasis in Afghanistan schien es 2002 und 2003, als stünde die Organisation kurz vor der endgültigen Zerschlagung. Seit 2005 ist es Usama Bin Laden und seinem Stellvertreter Aiman az-Zawahiri jedoch gelungen, diesen Trend umzukehren: al-Qaida plant von Neuem Anschläge über Kontinente hinweg.

Diese Beobachtung ist Grund genug, immer wieder zu hinterfragen, inwieweit deutsche Terrorismusbekämpfung der Herausforderung durch al-Qaida gerecht wird. Auffällig ist in der deutschen Debatte, dass entscheidende Punkte bislang zu wenig Beachtung finden: Zwar wird über die Wirksamkeit des deutschen Engagements in Afghanistan und über die Frage der Terrorismusbekämpfung im Inland von Zeit zu Zeit heftig diskutiert.



Foto: www.fotolia.de, © Julien Leblay

Häufig übersehen wird jedoch, dass die Ursachen des al-Qaida-Terrorismus in erster Linie in den Heimatländern ihrer überwiegend arabischstämmigen Anhänger zu suchen sind. So stellt sich die drängende Frage, wie deutsche Außenpolitik gegenüber diesen Ländern gestaltet sein muss, will sie das Problem an der Wurzel packen.

□ Al-Qaida kommt nach Hause

Al-Qaida ist an vielen Fronten aktiv: Der Kampf in Afghanistan hat an Bedeutung gewonnen. Anschläge in Europa sind eines ihrer wichtigsten Mittel, um weltweite Aufmerksamkeit zu erregen. Die überwiegende Mehrheit ihrer Attentate jedoch haben sie und eng mit ihr verbündete Organisationen seit 2003 in der arabischen Welt verübt. Der Irak, Algerien, Saudi-Arabien und andere Länder der Region sind ihr Haupteinsatzgebiet. Heute droht sie vor allem in Nordafrika zu einer wachsenden Bedrohung zu werden.

Diese Entwicklung geht auf einen der wichtigsten Trends der Jahre nach 2001 zurück: Al-Qaida kehrte in ihre Ursprungsländer zurück. Al-Qaida war 2001 eine fast ausschließlich arabische Organisation, die von Saudi-Arabern und Ägyptern dominiert wurde. Als sie im Winter 2001 ihre Basen in



Afghanistan aufgeben musste, flohen die meisten Anhänger Bin Ladens in ihre Heimatländer in der arabischen Welt. Ab 2003 sorgten die Rückkehrer dort für eine neue Eskalation terroristischer Gewalt – nachdem sich die Situation seit Mitte der 1990er Jahre beruhigt hatte. Insbesondere in Saudi-Arabien startete eine saudi-arabische Teilorganisation der al-Qaida eine terroristische Kampagne von bis dahin ungekannter Intensität. Die Jihadisten profitierten nun auch von der Präsenz amerikanischer Truppen im Irak. Das Zweistromland wurde zum gut zugänglichen Schlachtfeld arabischer Jihadisten, die hier eine willkommene Gelegenheit erhielten, die USA zu bekämpfen. Darüber hinaus erleichterte der Irak-Krieg der al-Qaida und ihren Verbündeten die Rekrutierung. Mit „al-Qaida im Irak“ entstand die für lange Zeit stärkste und einflussreichste jihadistische Gruppierung überhaupt.

Der Trend zur terroristischen Aktion in der arabischen Welt hält an. Seit 2003 wuchs zunächst die terroristische Gefahr in den Nachbarländern des Irak. In Syrien, im Libanon und Jordanien gab es zahlreiche Anschläge. Seit 2007 wird vor allem Nordafrika unsicherer. Die arabischen Staaten sind und bleiben das Epizentrum des islamistischen Terrorismus.

Der Trend zur Rückkehr in die arabische Welt weist auf die wichtigste Ursache des Jihadismus: die Unterdrückung der islamistischen Opposition durch autoritäre Regime. Islamisten bekämpften seit den 1970er Jahren die Regime ihrer Heimatländer. In den 1990er Jahren scheiterten sie in Algerien und Ägypten. In Saudi-Arabien war das Regime so stark, dass die militanten Oppositionellen um Bin Laden das Land verließen. Ihr Scheitern wurde meist von brutaler staatlicher Repression begleitet. Daraufhin änderten sie ihre Strategie: Aus dem Exil in Afghanistan bekämpften sie nicht nur ihre Heimatregime, sondern deren wichtigsten Unterstützer, die USA. So hofften sie, die USA zum Rückzug zu zwingen, die eigene Regierung zu schwächen und sie möglicherweise doch noch stürzen zu können. Auf diese Weise haben die algerische, ägyptische und saudi-arabische Innenpolitik maßgeblich zur Entstehung von al-Qaida beigetragen.

□ Al-Qaida muss in der arabischen Welt bekämpft werden

Wenn die Ursachen des islamistischen Terrorismus in der arabischen Welt liegen, dann muss auch die Terrorismusbekämpfung zu einem wesentlichen Teil dort stattfinden. Die USA und ihre Verbündeten haben eine ähnliche Analyse getätigt, deren Schlussfolgerung indes in die falsche Richtung führt. Sie haben ihre Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung mit den meisten Regimen der arabischen Welt (und auch darüber hinaus) deutlich intensiviert. Ihnen geht es vor allem um die Stabilität dieser Staaten. Die Zusammenarbeit mit pro-westlichen arabischen Ländern wird meist damit gerechtfertigt, dass sie von „gemäßigten“ oder „moderaten“ Regimen geführt würden. Diese in den USA und Europa verbreitete Sichtweise ist jedoch irreführend, weil sie die Innenpolitik ignoriert. Auch angeblich moderate Regime wie Algerien, Ägypten oder Jordanien sind Diktaturen, die ihre Opposition je nach Konjunktur mehr oder weniger brutal unterdrücken. Wenn westliche Staaten eng mit diesen Regimen kooperieren, laufen sie Gefahr, von deren Opposition und – schlimmer noch – von deren Bevölkerungen als Komplizen der Machthaber wahrgenommen zu werden.

» Wie folgenschwer eine solche Politik sein kann, zeigt sich am Beispiel Algeriens. Dort bekämpfte eine lokale Organisation ausschließlich das algerische Regime, bevor sie sich seit 2003 der al-Qaida annäherte. Aus der „Salafistischen Gruppe für Predigt und Kampf“ (GSPC) wurde im Jahr 2007 „al-Qaida im Islamischen Maghreb“, die von Algerien aus operiert und versucht, ihren Kampf zu internationalisieren. Auslöser dafür war neben dem Irak-Krieg in erster Linie die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den USA und Algerien im Kampf gegen islamistische Terroristen. Die Europäer schlossen sich den USA in dieser Politik an und sind folgerichtig auch ins Visier der algerischen al-Qaida geraten.

□ Al-Qaida und die deutsche Nahostpolitik

Das Stabilitäts-Paradigma hat sich auch in der deutschen Politik gegenüber der arabischen Welt weitgehend durchgesetzt. Es gibt nur wenige Ansätze für eine stärker politisch geprägte und damit nicht auf kurzfristige Stabilisierung abzielende Terrorismusbekämpfung. Vielmehr betreibt das Bundesinnenministerium den Ausbau der Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen, während die AußenpolitikerInnen weiter der erklärten deutschen und europäischen Politik gegenüber diesen Ländern folgen – die auf graduelle politische Reformen und Rechtsstaatlichkeit abzielt. Eine gemeinsame außenpolitische Strategie gibt es jedoch nicht, und in der Praxis dominieren Sicherheitsfragen. Da auch andere Länder wie die USA, Großbritannien und Frankreich in erster Linie auf Kooperation im Sicherheitsbereich setzen, ist das Ergebnis, dass die betreffenden Regime keinerlei Grund mehr sehen, tatsächlich innenpolitische Reformen anzugehen. Ein Trend zur „autoritären Konsolidierung“ ist die Folge.

» Notwendig ist aber eine Politik, die zwar einerseits die Notwendigkeit zur Kooperation mit problematischen Akteuren akzeptiert, andererseits aber nicht ablässt, auf substantielle politische Veränderungen zu drängen, um so die Ursachen des islamistischen Terrorismus anzugehen. Der hier so deutliche Zielkonflikt zwischen dem Wunsch nach gemeinsamer Terrorismusbekämpfung und dem Willen zur Reform arabischer politischer Systeme muss sich in einer außenpolitischen Gesamtstrategie gegenüber der Region widerspiegeln. Deren Zielen müsste sich auch die Terrorismusbekämpfung unterordnen.

Eine solche Politik hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn sich die Europäer eng mit den USA abstimmen. Wichtige Verbündete der USA wie Ägypten oder Saudi-Arabien werden nur dann auf den Wunsch nach Veränderungen reagieren, wenn dieser auch von Washington formuliert wird. Hier gab es auch einige positive Ansätze in der ameri-

kanischen Politik nach 2001. Die Bush-Administration hatte verstanden, dass die Ursachen der Anschläge des 11. September 2001 in Saudi-Arabien und Ägypten lagen. Ihr Druck zwang Kairo und Riad, innenpolitische Reformen zu beginnen. Leider ebten die Reformbemühungen ab 2005 ab: Der Druck der USA ließ merklich nach, nachdem das Demokratisierungsexperiment im Irak gescheitert war, und Washington die arabischen Regime als Verbündete gegen den Iran benötigte.

» Die USA, Europa und Deutschland müssen an diese frühere Politik der Bush-Administration anknüpfen. Man darf allerdings keine zu hohen Erwartungen hegen. Eine „Demokratisierung“ der arabischen Welt ist kein realistisches Ziel. Die Möglichkeiten des Westens, auf arabische Regime einzuwirken, sind begrenzt. Eine Kombination aus sehr diskretem Druck aus den USA und europäischen Angeboten zur Zusammenarbeit könnte eine Lösung sein. Denn schon schrittweise Verbesserungen der Menschenrechtssituation würden helfen. Wenn der Westen dazu beitragen könnte, dass in Ländern wie Ägypten und Jordanien weniger gefoltert würde, wäre schon etwas erreicht. Ein deutliches Mehr an Rechtsstaatlichkeit wäre ein realistisches Ziel. Kurzfristig würde sich an der terroristischen Gefahr zwar nichts ändern. Langfristig jedoch kann nur so die Radikalisierung immer neuer Generationen militanter Regimegegner verhindert werden. Nur wenn wir nicht mehr als die Komplizen brutaler Diktatoren betrachtet werden, können wir islamistischen Terrorismus auch nachhaltig bekämpfen. ■

⇒ Dr. Guido Steinberg, Islamwissenschaftler, arbeitete zwischen 2002 und 2005 im Referat Internationaler Terrorismus im Bundeskanzleramt und ist seitdem für die Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin tätig.

„Hilfe zur Selbsthilfe“ hat zumindest noch am meisten Sinn gemacht

Interview mit Ernst Kerbusch ■ ■



Foto: Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

spw: Nach 37 Jahren entwicklungspolitischer Tätigkeit für die Friedrich-Ebert-Stiftung, welche Linien und Ansätze haben sich in der Entwicklungszusammenarbeit als entscheidend erwiesen?

Ernst Kerbusch: Entwicklungspolitik war, als sie Ende der 50er Jahre, spätestens Anfang der 60er Jahre sozusagen erfunden wurde – 1961 wurde das BMZ gegründet –, zunächst einmal so etwas wie eine Kompensation der reichen Industrieländer den Kolonien gegenüber, die damals unabhängig wurden. Aus der deutschen Sicht kam aber auch noch hinzu, dass man die Hilfe, die Deutschland bekommen hatte, um sein „Wirtschaftswunder“ zu organisieren, einsetzen wollte, um sich in einer zweiten Phase ein Stück zu revanchieren und etwas an die entstehenden Länder im Süden zurückzugeben. Damals sprach man –

und ich glaube aus der damaligen Sicht völlig zu recht – von Entwicklungshilfe. Es gab ja eine Reihe von „Glaubensbekenntnissen“ der Entwicklungshilfe.

spw: Mit welchem dieser Bekenntnisse konntest Du Dich am meisten identifizieren?

Ernst Kerbusch: „Hilfe zur Selbsthilfe“ hat zumindest noch am meisten Sinn gemacht, also Entwicklungsländer in die Lage zu versetzen, sich selbst zu helfen. In welchem Maße das tatsächlich möglich war, haben wir später diskutieren müssen. Für die politischen Stiftungen stand aber von Anfang an ein strukturbildender Gedanke dahinter. Wir wollten etwas dafür tun, dass in diesen Ländern auch demokratische Strukturen entstehen konnten. Damals haben wir noch sehr einfach gedacht. Wir glaubten, dass aus unserer Unterstützung bei der Gründung von Parteien, Gewerkschaften, Unternehmensverbänden und anderen Verbänden auch das Bewusstsein entstehen würde, dass man so etwas wie repräsentative Demokratie braucht. Das war aber keineswegs automatisch der Fall, vor allem weil wir dadurch auch in sich vertiefende Konflikte hineingefördert haben, vor allem in den Ost-West-Konflikt.

spw: Wann wurde dies hinterfragt, und welche Konsequenzen wurden daraus in Eurer Arbeit gezogen?

Ernst Kerbusch: Erst deutlich später bildete sich die Erkenntnis heraus, dass man Entwicklungskooperation als einen Ansatz des give-and-take, also einen gemeinsamen Ansatz zu Strukturveränderungen in der Welt, sehen musste. Auf politischer Ebene wurde das eigentlich erst durch Heidemarie Wiecek-Zeul nach 1998 umgesetzt, es ist aber im Laufe der Zeit entstanden. Auch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ist lange Zeit bilaterale Zusammenarbeit geblieben und erst nach dem Regierungswechsel 1998 systematisch hin zu einer stärkeren Betonung der multilateralen Zusammenarbeit verändert worden.

□ „Es ist ungeheuer schwierig, innenpolitische und langfristige außenpolitische Interessen zu verbinden.“

spw: Glaubst Du, dass das sozialdemokratische Prinzip der internationalen Solidarität für diesen Politikwechsel einen entscheidenden Ausschlag gegeben hat?

„**Ernst Kerbusch:** Man darf Entwicklungszusammenarbeit erst einmal nicht überschätzen. Wenn man die Etats sieht, dann handelt es sich zwar nominal um relativ viel Geld, im Vergleich zu den Budgets der westlichen Industrieländer sind wir aber weit hinter allen uns selbst gesetzten Zielsetzungen zurückgeblieben. Man muss für eine Bilanz die gesamte Organisation der Außenbeziehungen sehen. Da gehört die Entwicklungszusammenarbeit neben der Außen- und Sicherheitspolitik natürlich zu einem Paket, zu dem durch die Globalisierung noch eine ganze Reihe neuer Aufgaben hinzukamen. Das haben Sozialdemokraten früh gesehen, aber ebenso wenig wie die anderen Parteien in Politik umsetzen können. Wenn man tatsächlich internationale Strukturpolitik hätte betreiben wollen, dann hätte z.B. der ganze internationale agrarpolitische Bereich und vieles aus der umweltpolitischen Diskussion zur Entwicklungspolitik gehören müssen. Das ist von Sozialdemokraten sicherlich stärker propagiert und gefordert, aber auch von Sozialdemokraten nur zum Teil verwirklicht worden. Es ist schlicht eine ungeheuer schwierige Frage, innenpolitische Interessen mit langfristigen außenpolitischen Interessen zu verbinden. Die einen sind in aller Regel kurzfristig und oft wahlkampfabhängig, die anderen sind sehr langfristige Aufgaben, mit denen beim Wähler nur sehr schwer Interesse zu wecken und Zustimmung zu erhalten ist. Es geht ja auch um Stimmen, die jeder einzelne Abgeordnete, der sich mit einem solchen Thema beschäftigt, für sich selbst einwerben muss. Das ist nicht immer einfach. Insofern ist das Bekenntnis zur internationalen Strukturpolitik eine außerordentlich wichtige Entscheidung, aber keine, von der man annehmen darf, dass damit die Probleme kurzfristig gelöst werden könnten. Für das Bewusstsein, auch andere

Politikfelder in vernünftiger Weise einzubeziehen, muss langfristig geworben werden.

□ „Die Antwort wird immer Kompromisse auf allen Seiten erfordern.“

spw: Führt die Komplexität dieser Probleme also dazu, dass sich die Entwicklungspolitik nicht mehr als Identifikationsprojekt der Sozialdemokratie eignet und damit seinen identifikationsstiftenden Stellenwert verliert?

„**Ernst Kerbusch:** Wenn das so wäre, wäre es sehr schade. Denn der Gesichtspunkt der Solidarität, der besonders in unserer entwicklungspolitischen Verpflichtung erkennbar ist, müsste eigentlich immer ein Teil sozialdemokratischer Politik und sozialdemokratischen Verantwortungsbewusstseins für andere sein. Es ist aber natürlich richtig, dass eine Gesamtkomplexität, die auch Politikfelder einbezieht, die nicht unbedingt jedem gleichzeitig verständlich zu machen sind, all das schwieriger macht. Wenn wir davor kapitulieren, werden wir entwicklungspolitisch keine Zukunft haben. Die Antwort wird immer Kompromisse auf allen Seiten erfordern. Es wird sicher nicht möglich sein, auf Dauer die eigenen Interessen, wie es z.B. Frankreich in der Agrarpolitik versucht, durchzusetzen und gleichzeitig im internationalen Maßstab Kompromisse zu finden, die der Dritten Welt die Möglichkeit geben, von der Globalisierung zu profitieren. Wenn es aber exklusive Globalisierungsgewinner und exklusive Globalisierungsverlierer gibt, dann ist für das Positive, das Globalisierung ja auch bewirkt, keine Mehrheit zustande zu bringen. Das muss aber das Ziel sein.

spw: Welche Perspektiven siehst Du für die Entwicklungspolitik inhaltlich und personell in der SPD vor dem Hintergrund dieser Schwierigkeiten?

„**Ernst Kerbusch:** Es haben sich ja immer wieder Politiker und auch solche von Gewicht gefunden, die sich trotz der Tatsache, dass damit im heimischen Wahlkreis keine Stimmen zu holen sind, diesen internationalen Herausfor-

derungen gestellt haben. Es war zu Zeiten eines internationalistischen Parteivorsitzenden wie Willy Brandt sicherlich leichter, mehr und auch jüngere Abgeordnete davon zu überzeugen, dass unsere Verantwortung nicht an unseren Grenzen aufhört. Das ist übrigens auch eine Aufgabe der Friedrich-Ebert-Stiftung. Ich kann nicht feststellen, dass wir da erfolglos waren, aber sicherlich nicht erfolgreich genug.

spw: An welchen Stellen haben sich die Arbeit der Partei, Regierung und Stiftung besonders erfolgreich ergänzt?

Ernst Kerbusch: Die politischen Stiftungen sind ja eine deutsche Eigenheit, zumindest in ihrer Entstehungsgeschichte. Sie waren von Beginn an und sind auch heute noch eine Ergänzung der Außenpolitik um eine gesellschaftspolitische Komponente. Für die FES – und das gilt für die anderen Stiftungen sicherlich genauso – würde ich zunächst einmal in Anspruch nehmen, im Fall von Spanien und Portugal einen ganz besonderen Beitrag dazu geleistet zu haben, dass demokratische Strukturen entstehen und sich durchsetzen konnten. Am Beispiel Chile aber zeigt sich auch der gemeinsame Ansatz, den die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Konrad-Adenauer-Stiftung und der Friedrich-Naumann-Stiftung verfolgt haben, um die Diktatur dort zu überwinden. Nicht dass die deutschen politischen Stiftungen die Politik bestimmt hätten. Aber sie haben ihren Partnern dazu verholfen, die Stärke zu bekommen, die sie selbst in die Lage versetzt hat, demokratische Strukturen in ihrem Land (wieder)herzustellen. Das ist also ein bedeutender Beitrag zur demokratischen Hygiene, den deutsche politische Stiftungen im Ausland geleistet haben. Ähnliches kann man über den Erwerb der demokratischen Rechte in Südafrika sagen. In vielen Ländern hieß es, besonders Parteien funktionsfähig zu machen.

□ „Nicht in China zu arbeiten, würde ich für einen schweren Fehler halten.“

spw: Was ist mit den Ländern, in denen Parteien schon funktionsfähig sind und das politische System trotzdem krisengeschüttelt ist?

Ernst Kerbusch: Oft sind Parteien durch die tiefe Kluft in der Gesellschaft nicht oder noch nicht dazu in der Lage, einen politischen Konsens zu finden. Dort geht es dann darum, über diese Grenzen hinweg Plattformen zu bilden, damit nicht nur übereinander, sondern auch miteinander gesprochen wird. Solche Plattformen zur Verfügung zu stellen und demokratische Verhältnisse stärker in den Vordergrund zu stellen, gehört zur besonderen Spezialität der politischen Stiftungen. Ich habe stets versucht, meinen Mitarbeitern zu sagen, dass Demokratieförderung eigentlich heißt, die drei Grundwerte der Demokratie voranzubringen: Partizipation, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit. Wenn es in einem Länderprogramm gelingt, einem dieser drei Elemente zu ein bisschen mehr Bedeutung zu verhelfen, dann haben wir etwas für die Demokratie getan, wenn auch möglicherweise noch keine Demokratie in diesem Land erreicht ist. Manchmal ist das sehr langwierig, aber Geduld muss man in diesem Geschäft schon haben. Das ist übrigens auch ein Grund, weshalb die Friedrich-Ebert-Stiftung in China arbeitet. Man muss auf die Köpfe der Menschen einwirken. In China gibt es heute ein so viel höheres Maß an Rechtsstaatlichkeit im Vergleich zu vor 20 Jahren. Dies ist ein außerordentlicher Fortschritt im Sinne von mehr Demokratie, auch wenn man nicht von Demokratie im Sinne eines Rechtsstaats zentraleruropäischer Prägung reden kann. Das gilt übrigens auch für die Möglichkeit zur Partizipation. Auch die gibt es nicht in einer idealdemokratischen Form, aber die Art und Weise, in der heute in China partizipiert werden kann, unterscheidet sich grundlegend von den Zuständen in der Vergangenheit. Eintreten für Demokratie heißt immer Eintreten für einen Prozess in Richtung von Werten, die man befördern will. Kompromisse, die man eingehen muss, sind nicht immer einfach. Aber wenn man sie nicht

eingeht, dann verzichtet man auf die Einwirkung. Nicht in China zu arbeiten, würde ich z.B. für einen schweren Fehler halten.

spw: Inwieweit siehst Du die Arbeit der Stiftungen oder auch die Entwicklungszusammenarbeit als Ganzes in einem Spannungsfeld zwischen der Demokratieförderung auf der einen Seite und legitimen und weniger legitimen nationalen Interessen?

„**Ernst Kerbusch:** Man muss natürlich sehen, dass Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik immer auch den legitimen Interessen eines Landes entsprechen müssen. Man kann nicht erwarten – und das ist auf Dauer sicher auch nicht erfolgreich durchzuführen –, dass man sich nach irgendwelchen hehren Grundprinzipien richtet und später feststellt, dass dies eigene Interessen vernachlässigt. Das halte ich für eine unsinnige Betrachtungsweise. Legitime nationale Interessen sind ja auch nichts Unberechtigtes. Die Interessen müssen sich nur an gelebter internationaler Solidarität ausrichten. Man kann sich nicht wegen der Definition von Interessen davon frei stellen lassen, internationale Solidarität zu praktizieren.

□ **„Ein Thema für derzeit unpassend zu erklären, ist kein sehr politischer Umgang mit einem schwierigen Konflikt.“**

spw: Wie geht man damit um, wenn sich die nationalen Interessen schneller als die Leitlinien der Stiftung verändern?

„**Ernst Kerbusch:** Eine Partei muss aushalten, dass ihre eigene politische Stiftung immer auch ein bisschen Vordenker ist. Eine politische Stiftung muss nicht immer die Interessenvertretung einer Partei sein, darf sie nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ja auch gar nicht. Wir haben versucht, uns sozialdemokratischen Werten verpflichtet zu fühlen, aber nicht notwendigerweise jedem Stück sozialdemokratischer Tagespolitik oder jedem Stück sozialdemokratischer Mehrheitsdebatte zum jeweiligen

Zeitpunkt. Die POLISARIO ist dafür ein schönes Beispiel. Die POLISARIO ist eine Organisation, die aus ihrer historischen Entwicklung heraus eine Nationalstaatlichkeit für die Westsahara beansprucht. Sie vertritt in einem internationalen Konfliktfall eigene Interessen, die übrigens auch von einem beträchtlichen Teil der afrikanischen Nationen und der UNO anerkannt sind. Wir haben – ohne uns darauf festzulegen, wie eine endgültige Lösung in dieser Frage aussehen kann, denn dazu ist eine politische Stiftung weder in der Lage noch legitimiert – darum bemüht, die Möglichkeit eines intensiven Diskussionsprozesses zwischen allen Konfliktparteien, allen voran mit Marokko, zu befördern. Die Partei ist uns dabei nicht gefolgt. Die mühsamere Auseinandersetzung, auch von dem befreundeten Land Marokko zu fordern, kompromissbereiter zu sein, muss man sich schon auferlegen. Sonst hieße es, einfach den Kopf einzuziehen. Ein Thema für derzeit unpassend zu erklären, ist aus meiner Sicht kein vertretbarer und auch kein sehr politischer Umgang mit einem schwierigen Konfliktthema.

□ **„Die kurzfristige Haushaltssicherung darf langfristiger Interessenvertretung nicht vorangestellt werden.“**

spw: Welche Wünsche hast Du an die Partei und Fraktion an die Gestaltung der Entwicklungspolitik?

„**Ernst Kerbusch:** Ich hoffe, dass der Trend bestehen bleibt, dass Entwicklungspolitik politischer wird, also mehr auf Rahmenbedingungen und politische Veränderungen ausgerichtet ist als auf technische Errungenschaften. Man sollte auch das besondere Instrumentarium, also die politischen Stiftungen genauso wie die großen entwicklungspolitischen Kirchenorganisationen und andere wichtige NGOs in dem Maße wie bisher und vielleicht sogar verstärkt einbeziehen. Deren gesellschaftspolitische Einwirkung auf die Partnerländer kann, wenn mit der zur Zeit viel diskutierten Budgethilfe kombiniert, zu stärkeren strukturpolitischen Veränderungen führen als ein

Instrument allein das jemals könnte. Man muss Heidemarie Wiczorek-Zeul in ihrer Position bestärken, damit die Mittel, die die Bundesregierung zugesagt hat, dem Ministerium auch langfristig zur Verfügung gestellt werden, unabhängig davon, wie sich im Moment die Haushaltssituation aussieht. Die langfristige Verlässlichkeit der Bundesrepublik Deutschland ist ein hohes Gut. Die kurzfristige Haushaltssicherung darf langfristiger Interessenvertretung jedoch nicht vorangestellt werden.

spw: Wie stehst Du in diesem Zusammenhang zum Streit über die Berechnung der ODA (Official Development Assistance)-Quote? Was darf denn nun alles als Entwicklungshilfe angerechnet werden?

Ernst Kerbusch: Es ist richtig, die Thematik umfassend zu betrachten und zu berechnen. Und es ist sicherlich legitim, all das mitzuberechnen, was auch andere Staaten in ihre Rechnungen miteinbeziehen. Nur darf man sich nicht zu früh auf die eigene Schulter klopfen, dass man die eigene Quote maßgeblich erhöht hat. Soviel Anstand muss sein.

spw: Wir danken Dir für dieses Gespräch und wünschen Dir im Namen der Redaktion viel Erfolg für die nächste Lebensphase, in der Du uns als engagierter Sozialdemokrat und Entwicklungsexperte hoffentlich erhalten bleibst. ■

☞ Ernst Kerbusch, Politikwissenschaftler und Ökonom, arbeitete seit 1972 für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Bis zu seiner Pensionierung im Mai 2008 leitete er 18 Jahre lang die Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit. Er lebt in Bonn.

☞ Das Gespräch führte Inken Wiese.

Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

PROKLA 147 (Hrsg.)
Internationalisierung des Staates
 2007 - 176 S.
 € 12,00
 ISBN 978-3-89691-346-3



Theorie und Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft

Benno Teschke
Mythos 1648
 Klassen, Geopolitik und die Entstehung des europäischen Staatensystems
 2007 - 307 S. - € 39,90
 ISBN 978-3-89691-122-3



NEU
 Band 22

Heide Gerstenberger
Die subjektlose Gewalt
 Theorie und Entstehung der bürgerlichen Staatsgewalt
 2. Auflage 2006 - 665 S. - € 40,00
 ISBN 978-3-89691-116-2



Band 1



Hafenweg 26a
 D - 48155 Münster
 Tel.: 0251 39 00 48 0
 Fax: 0251 39 00 48 50
 info@dampfboot-verlag.de
www.dampfbootverlag.de



Fotos v.l.: Christian Kiel; www.fotolia.de, © llll187

Lateinamerika jenseits von Fidel Castro und Che Guevara denken!

von Niels Annen



Für die deutsche Politik bleibt Lateinamerika ein Kontinent, der die Tagespolitik jenseits der EU-Lateinamerika-Gipfel nur am Rande berührt und dennoch stets starke Emotionen weckt. Die politische Ikonographie der Linken wird bis heute von Fidel Castro und Che Guevara bestimmt – eine Tatsache, die bei Rechten und Konservativen immer noch zu einer reflexartigen Abwehrhaltung führt. Dies mag auch daran liegen, dass die innerlateinamerikanischen Debatten um die Aufarbeitung der ungezählten Opfer der Militärdiktaturen auch hierzulande unbequeme Fragen aufwerfen.

Vieles in der deutschen Beschäftigung mit Lateinamerika ist noch immer von innenpolitischer Symbolpolitik geprägt. Zuletzt war dies an der fast schon skurilen Auseinandersetzung zwischen Außenminister Frank-Walter Steinmeier und der Kanzlerin um die Frage der Aufhebung politischer Sanktionen der EU gegenüber Kuba zu beobachten. Die Tatsache, dass eine solche Entscheidung in Deutschland noch immer an den Rand einer innenpolitischen Krise führen kann, zeigt, wie emotionsbehaftet das Thema Kuba hier noch ist. Für Kuba und die Menschen dort ist die Aufhebung dieser Maßnahmen jedoch sehr real und geht über reine Symbolik weit hinaus.



» Die Gleichgültigkeit der westlichen Politik gegenüber Lateinamerika ist ein schwerer Fehler. Denn in den zurückliegenden Jahren hat sich Entscheidendes in der Region getan. Nicht zuletzt werden mit Ausnahme Kubas inzwischen alle Staaten der Region von demokratisch-pluralistischen gewählten Regierungen geführt. Gern wird von einem „Linksruck“ in Lateinamerika gesprochen. Die Wirklichkeit sieht jedoch sehr viel komplizierter aus. Auf der einen Seite stehen die liberalen Demokratien wie etwa Costa Rica, auf der anderen jene Länder, die von der so genannten „Neuen Linken“ regiert werden. Dazu gehören unter anderem Venezuela, Bolivien und Ecuador. Lediglich Kolumbien und Mexiko werden noch von konservativen Regierungen geführt. Aber auch bei dieser Neuen Linken kann nicht von einer homogenen Gruppe die Rede sein. Hinter dieser Bezeichnung verbergen sich äußerst unterschiedliche und programmatisch heterogene Gruppierungen. Sie variieren stark in ihrer Programmatik, ideologischen Ausrichtung und gesellschaftlichen Verankerung.

Gemeinsam ist ihnen jedoch eine globalisierungs- und liberalisierungskritische Grundhaltung. Denn nirgendwo auf der Welt ist Besitz so ungleich verteilt und klafft die Schere zwischen Arm und Reich so stark auseinander wie auf dem Subkontinent. 48 Prozent des Vermögens ist in den Händen der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung. Die Armutsquote liegt bei 40 Prozent. Die neoliberale Logik, die in den Staaten Lateinamerikas teilweise durch Militärdiktaturen (wie z.B. in Chile) durchgesetzt oder ihnen durch den Druck von IWF und Weltbank aufgezwungen wurden, haben die Akzeptanz der herrschenden Eliten nachhaltig unterminiert. Die Reaktion der Bevölkerungsmehrheit hat in vielen Ländern die traditionelle politische Landschaft grundlegend erschüttert – zuletzt in Paraguay. Dies zeigt: Die Ära der ungebremsten marktradikalen Reformen ist in Lateinamerika an ihr Ende gelangt.

» In Europa wird jedoch nicht ausreichend erkannt, dass damit auch eine Abkehr von institutionellen Regeln und die Verlagerung der demokratischen Prozesse in Bereiche außerhalb des traditionellen politischen Institutionengefüges einhergehen. Denn die Kooperation mit Lateinamerika ist sinnvoller und wichtiger denn je. Auch wenn Lateinamerika immer wieder von Krisen geschüttelt wird, so gibt es doch mehrere positive Entwicklungen, die hervorgehoben werden sollen:

- 1) Die Region ist praktisch frei von Massenvernichtungswaffen. Sie ist die erste nuklearwaffenfreie Zone der Welt. Zudem gibt es dort weder biologische noch chemische Waffen. Die meisten Staaten haben Abrüstungs- und Nichtverbreitungsverträge unterzeichnet. Brasilien hat seine Ambitionen, ein Nuklearwaffenstaat zu werden, 1994 offiziell ad acta gelegt. Die Nutzung – und inzwischen sogar die Ausweitung – der Kernkraft zur Stromerzeugung erlebt jedoch momentan ein neues Hoch.
- 2) Lateinamerika ist auch die einzige Region der Welt, die nach dem 11. September 2001 von Anschlägen durch den internationalen Terrorismus verschont geblieben ist. Zwar gibt es Spekulationen über Aktivitäten islamistischer Terrorgruppen im nur schwer zu kontrollierenden Urwaldgebiet des Dreiländerecks zwischen Argentinien, Brasilien und Paraguay. Einschlägige Beweise hierfür gibt es jedoch nicht.
- 3) Seit der Beilegung des zentralamerikanischen Konfliktes ist der Subkontinent als Friedenszone einzustufen, die eine geringe Konflikktivität aufweist. Zwischenstaatliche kriegerische Auseinandersetzungen hat es seitdem nicht mehr gegeben – auch wenn sich das Säbelschneiden zwischen Kolumbien, Ecuador und Venezuela im März 2008 kurzfristig besorgniserregend darstellte, ehe es durch die Vermittlung der OAS beendet werden konnte.

- 4) Ein weiterer zentraler Punkt ist die regionale Integration des Subkontinents. Die EU dient, trotz aller aktuellen Schwierigkeiten, den LateinamerikanerInnen als Erfolgsmodell. Das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell mit seiner Idee von Chancengleichheit und Solidarität übt ungebrochene Anziehungskraft zur Überwindung struktureller Asymmetrien in Lateinamerika aus.

» Wer heute jedoch mit lateinamerikanischen PolitikerInnen spricht, kann feststellen, dass dort eine große Enttäuschung über die Entwicklung der Beziehungen zu Europa herrscht. Dabei sollten wir nicht vergessen, dass wir EuropäerInnen selbst ein handfestes Interesse an einer engen Partnerschaft und Kooperation haben müssen. Nicht nur weil das Potential der wirtschaftlichen Beziehungen längst noch nicht ausgeschöpft ist, sondern vor allem, weil in Lateinamerika zentrale Ressourcen für die Zukunft unseres Planeten liegen. Dies gilt vor allem für die Frage der Biodiversität und der Wasserressourcen. Die EU muss sich vorhalten lassen, von einer erfolgreichen Regionalpolitik meilenweit entfernt zu sein. Uneinigkeiten im Umgang mit Ländern wie Kuba oder Venezuela sind dabei nur der vordergründige Aufhänger.

» Für die Sozialdemokratie ist die Zusammenarbeit mit Lateinamerika eine besondere Herausforderung, weil sich die Parteienlandschaft in den letzten Jahren dramatisch verändert hat. Viele der klassischen lateinamerikanischen Mitglieder der Sozialistischen Internationale (SI), die unter der Präsidentschaft von Willy Brandt in den 1980er Jahren beigetreten waren, sind geschwächt oder wurden ganz von der politischen Bühne gefegt. Es entstanden neue Parteien und Bewegungen wie die PT in Brasilien oder die Mas (Movimiento al Socialismo) in Bolivien. Trotzdem ist und bleibt die Unterstützung und Beratung von Parteien und Bewegungen der neuen und alten Linken, d.h. der sog. „Progressiven Parteien“ ein wesentlicher Bestandteil der Demokratieför-

derung durch Sozialdemokratie und Friedrich-Ebert-Stiftung in Lateinamerika. Die SI wäre deshalb gut beraten, hier pragmatisch zu agieren und sich nicht von der Frage der formalen Mitgliedschaft in ihrer Lateinamerikapolitik leiten zu lassen.

» Wir müssen das Bedürfnis der lateinamerikanischen PartnerInnen ernst nehmen, in Europa neben Spanien und Portugal auch andere AnsprechpartnerInnen zu haben. Deutschland kann einer dieser AnsprechpartnerInnen sein, da wir in Lateinamerika in ein hohes Vertrauen genießen. Der Subkontinent sollte auf der politischen Agenda der Bundesrepublik zukünftig eine wichtigere Rolle spielen. Denn wenn die ungebremste Marktlogik von den Menschen nicht mehr akzeptiert wird, dann müssen wir gemeinsam nach alternativen Lösungen suchen. Der globalisierte Kapitalismus bedarf eines internationalen Regelwerks.

Lateinamerika bietet sich als Partner für eine solche Politik an. Dies gilt insbesondere auch in Hinblick darauf, dass jenseits des Pazifiks mit China und Indien zwei attraktive HandelspartnerInnen auftreten, die beispielsweise die Einhaltung von Sozialstandards nicht einfordern. ■

☞ Niels Annen ist Mitglied des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag und Herausgeber der spw.



Foto: Christian Kiel

» Welche Chancen Formen selbstorganisierten und solidarischen Wirtschaftens als Alternative zur neoliberalen Marktwirtschaft bieten, zeigt eine Kongressdokumentation von attac u.a. auf. Anhand internationaler Beispiele stellen die AutorInnen Projekte wie selbstverwaltete Betriebe, Genossenschaften und landwirtschaftliche Direktvermarktung vor. Zugleich analysieren sie die Diskussionen um solidarische Ökonomie auf ihre Möglichkeiten und Grenzen zur Überwindung herrschender ökonomischer Strukturen. Zwar könne solidarische Ökonomie staatliche und internationale Regulierung nicht ersetzen, sie schaffe jedoch soziale Arbeitsplätze oder erhöhe die Mitbestimmung, sichere öffentliche Daseinsvorsorge und verbessere die Nahrungsmittelqualität (Giegold, Sven/ Embshoff, Dagmar (Hrsg.): Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus. VSA-Verlag, Hamburg 2008).

Auch Christoph Zöpel beschäftigt sich mit der Frage, wie Eine Weltgesellschaft den politischen und sozialen Problemen politisch gerecht werden kann. Ist eine Weltpolitik ohne parlamentarische Dimension legitim? Wie kann diese Weltgesellschaft politikfähig gemacht werden? Zöpel, seit 2000 Vorsitzender des Komitees für Wirtschaft, Soziale Kohäsion und Umwelt der Sozialistischen Internationale, entwickelt dafür visionäre, vielleicht utopische Ideen. Er schlägt eine föderale Gewaltenteilung im globalen Mehr-Ebenen-System vor. Neun bis zehn einwohnerbezogen ausgewogene Regionen sollten gemeinsam den UN-Sicherheitsrat bilden. An diese Regionen gelte es, den Gedanken der Staatlichkeit anzupassen. Zentral aber sei der erfolgreiche globale Output in Form einer Weltinnenpolitik, die auf einem Weltfinanzausgleich basiert. Mit über 600 Seiten keine

Literaturschau

von Cordula Drautz, Stefan Stache

und Inken Wiese ■ ■

leichte, aber eine umso inspirierendere Lektüre (Christoph Zöpel: Politik mit 9 Milliarden Menschen in Einer Weltgesellschaft, vorwärts Buch Verlag, Berlin 2008).

» Mit zentralen Fragen des internationalen Interessenausgleichs beschäftigt sich auch Christoph Bertram. Der ehemalige Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik zeigt am Beispiel Iran den Spielraum und die Notwendigkeit für politische Neuanfänge auf. Den anklagenden Finger, warum die bisherigen Bemühungen um eine Deeskalation im Atomstreit nicht erfolgreich waren, erhebt er nicht nur gegen den Iran, sondern auch gegen die USA, Europa und Berlin. Plausibel legt er dar, welche der angewandten Instrumente nicht gewirkt haben und welche Instrumente stattdessen ausgebaut werden sollten. Nur so würde die Chance erwachsen, „dass die westlichen Regierungen nicht länger in einer Politik verharren, deren Wirkungslosigkeit inzwischen nur politisch Blinde nicht zu sehen vermögen“ (Ein Standpunkt von Christoph Bertram: Partner, nicht Gegner. Für eine andere Iran-Politik. edition Körber Stiftung, Hamburg 2008).

Um Interessen, allerdings nationaler Art, geht es auch Berthold Meyer von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Er zeichnet die Definition nationaler Interessen im außen- und sicherheitspolitischen Diskurs seit 1990 nach. Den vorliegenden Report gilt es angesichts der globalen Lage sicher weiterzuführen, aber er ist schon jetzt eine gute Einführung in die politische Diskussion über die Legitimation von weltweiten Militäreinsätzen (Berthold Meyer: Von der Entgrenzung nationaler deutscher Interessen, HSFK-Report 10/2007, Frankfurt 2007). ■



Foto: Christian Kiel

Kinderspiel Kapitalismus: Der andere kleine Junge

von Gesa Rünker



» Ein Junge aus der Kindergartengruppe meines Sohnes Christian heißt ausgerechnet Steven. Er hat keine englischsprachigen Verwandten, seine Eltern, so vermute ich, finden „Steven“ cool.

Kühl wirkt auch sein Vater, der ihn vom Kindergarten abholt, und so jung ist, dass man ihn für seinen großen Bruder halten könnte; manchmal blickt sein Gesicht unbeteiligt, manchmal zeigt er seinem Sohn gegenüber deutlich Aggressionspotenzial.

Steven selbst sieht aus, als brauche er sich zu Hause weder gegen Obst und Gemüse, noch gegen frische Luft zur Wehr zu setzen. Vielleicht, so denke ich, noch nicht einmal gegen sonntägliche Familienausflüge.

Mit Christian tauscht Steven Kindergartenpausenbrote: Unser Sohn genießt dann endlich mal Nutella, Steven verkostet selbstgemachte Marmelade ohne Konservierungsstoffe, gesund und lecker. Eigentlich also alles o.k.

» „Zicki-zacki-ficki-facki“, ruft Christian laut durch unser griechisches Stamm-Restaurant, als der Chef ihn fragt, was er heute gemacht habe. Und, bevor ich es denken kann, liefert mein Sohn die Bestätigung: „Sagt Steven auch immer auf dumme Fragen.“ „Na ja, ficki-facki, solange ihr nur davon redet...“, grinst der Restaurant-Besitzer, die „dummen Fragen“ ignorierend; ich spüre die Hitze speißiger Röte im Gesicht und erkläre: „Sind eben beide kleine Jungs. Auch Steven braucht Freunde.“

„Der ist schon richtig ein Außenseiter, der Steven“, meint die Mutter von Christians bestem Freund, als wir beim Kindertagssommerfest einträchtig Kaffee trinken. „Dann muss ihn eben jemand mit hinein nehmen, ihm Selbstvertrauen geben, ihn fördern und fordern – und schon ist er dabei und kein Außenseiter mehr. Das ist doch pädagogische Aufgabe“, doziere ich in echtem sozialdemokratischen Tonfall, und weiß genau, dass ich nicht diejenige sein kann, die Steven fördern und fordern wird.

„Den Max aus unserer Gruppe mögen wir nicht“, stellt zwei Tage später mein Sohn fest: „Max stottert. Und Stottermäxe sind Dumbmäxe, sagt Steven.“ „Du musst nicht alles mitmachen, was Steven tut“, erwidere ich und erhalte zur Antwort: „Doch, sonst gibt’s Dresche, sagt Steven.“ Das ist nicht mehr nur „zicki-zacki“. „Der Christian ist ein tolles Kind“, schwärmt die Erzieherin beim Elterngespräch, und ich bin nur noch stolze Mama. „Er muss aber auch lernen, sich abzugrenzen, auch vom Steven. Christian muss selbst entscheiden, was richtig ist und was nicht.“ Sie hat ja Recht, Christian muss „nein“ sagen, wenn andere Kinder drangsalieren sollen. Zugleich frage ich mich, ob der Pädagogin auch etwas Nettes zu Steven einfällt, wenn seine Eltern bei ihr sitzen. Wenn ...

„Hallo, Mama von Christian, schöner Tag heute!“ Vor mir im Kindergartenflur steht Steven, ein kleiner Junge. „Hallo Steven“, sage ich, und würde gern hinzufügen, „du bist ein tolles Kind“ – oder etwas Anderes, weniger Uncooles, einfach was Nettes. Doch ich verpasse den Moment und schon ist der kleine Junge im Gewimmel der anderen Kinder verschwunden. ■

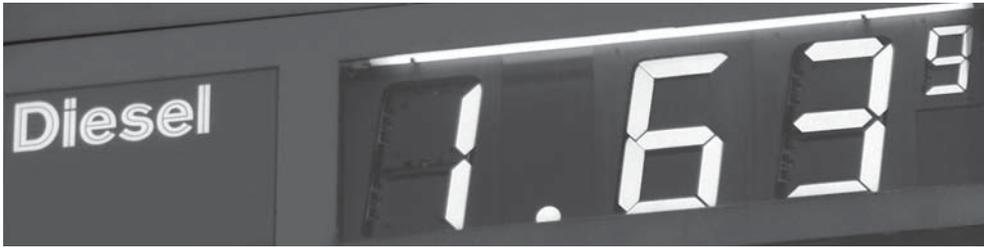


Foto: www.fotolia.de, © Petra Röder

Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Vor der neuen Ölkrise?

von Arne Heise



» Der rasante Preisanstieg für Rohöl in den letzten 2 - 3 Jahren lässt die bange Frage auftauchen, ob Deutschland und die Weltwirtschaft vor einer neuen Öl(preis)krise stehen. Dahinter steht die Angst vor einer krisenhaften Wirtschaftsentwicklung, wie sie die hochentwickelten Volkswirtschaften der OECD-Länder und auch Deutschland Mitte und Ende der 1970er Jahre erlebten, die deshalb so tief im kollektiven Gedächtnis der Deutschen verhaftet geblieben sind, weil damit starke Bilder, wie z.B. leere Autobahnen, verbunden waren und das „goldene Zeitalter“ Nachkriegsdeutschlands unwiderruflich zu Ende ging.

DER SPIEGEL titelte: „Voll erwischt vom Ölschock“ und zeichnete ein trübes Bild der schwächelnden deutschen Konjunktur – allerdings stammt diese Titelstory aus dem September 2000. Tatsächlich erlebte die Weltkonjunktur im Folgejahr eine tiefe Rezession, allerdings waren daran weniger die Ölpreise als das Ende des Börsenbooms der 1990er Jahre und die Ereignisse um den 11. September 2001 verantwortlich. Daraus können wir ableiten, dass steigende Ölpreise eher die Regel als die Krisen auslösende Ausnahme sind und folglich nicht jeder – für die EndverbraucherInnen noch so ärgerliche – Ölpreisanstieg erhebliche Konsequenzen für die Wirtschaftsentwicklung von nicht-ölproduzierenden Ländern haben muss.

» Dennoch wollen wir einen kurzen Blick auf die Entwicklungen der ersten und zweiten Ölpreiskrise Mitte und Ende der 1970er Jahre werfen, um zu beleuchten, ob die Rahmenbedingungen mit jenen von heute vergleichbar und mithin tatsächlich ärgere Befürchtungen zulässig sind. Ausgangspunkt beider Ölpreiskrisen der 1970er Jahre waren politisch organisierte Angebotsverknappungen durch die Öl produzierenden Länder (OPEC). In beiden Fälle fielen diese Maßnahmen in Zeiten ohnehin schwacher Konjunktur – so hat die erste Ölpreiskrise Mitte der 1970er Jahre jene Rezession wahrscheinlich nur verstärkt, die ohnedies am Ende der langen Rekonstruktionsperiode der Nachkriegszeit („Wirtschaftswunder“) dräute. Innerhalb kurzer Zeit verteuerte sich der Rohölpreis um über 130 Prozent – was einem nicht unbeträchtlichen Kaufkraftentzug gleichkam, schlagartig die Realeinkommen in den nicht-ölproduzierenden Ländern reduzierte und, vielleicht am schlimmsten, einen erheblichen Anstieg der Kosten praktisch aller Wirtschaftszweige implizierte. Über die durch die Krise ausgelöste Verunsicherung aller Wirtschaftsobjekte hinaus war für die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland von großer Bedeutung, dass sich die Deutsche Bundesbank nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems 1973 eine Reputation für Preisstabilität erarbeiten wollte und auf die



kostenseitigen Preiserhöhungen („Angebotschocks“) mit stark restriktiver Geldpolitik antwortete – was zu einem Rückgang der Investitionsausgaben, einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und schließlich, über die Auswirkungen auf die Tarifentwicklung, dämpfend auf die Preisentwicklung wirkte. Die Ölpreiskrisen waren also Folge eines raschen Nachfragerückgangs, der aus der „Umverteilung“ von Einkommen in die Öl produzierenden Länder und dem drastischen Anstieg des Zinsniveaus resultierte, bei gleichzeitigem Anstieg der Produktionskosten.

» Wie sehen nun die Rahmenbedingungen im Jahr 2008 aus? Einerseits ist der Ölpreisanstieg weniger rasant als in den 1970er Jahren. Und dieser Anstieg ist nicht durch Angebotsreduzierung politisch motiviert, sondern Folge zunehmender Marktnachfrage, Marktunsicherheit und, entsprechend den Gesetzen des Kapitalismus, spekulativer Attacken. Dies zumindest lässt die Erwartung zu, dass die Preisentwicklung von den OPEC-Ländern soweit kontrolliert werden kann, dass ein exzessiver Preisanstieg zu vermeiden sein müsste. Natürlich hat sich auch die Ölabhängigkeit der OECD-Länder und Deutschlands durch

den Strukturwandel und die von einem über Jahrzehnte kontinuierlich steigenden Ölpreis und darauf bezogenen Abgaben („Öko-Steuer“) ausgehenden Signale verringert. Schließlich könnte unterstellt werden, dass die maßgeblichen Zentralbanken – die US-Fed und die Europäische Zentralbank (EZB) – aus den Erfahrungen der Vergangenheit gelernt haben und, vor allem, die veränderten tarifpolitischen Konstellationen anerkennen. Dann jedenfalls wäre mit einer angemessenen, weniger restriktiven Reaktion der Geldpolitik zu rechnen. Problematisch allerdings dürfte sein, dass heute wie damals die Spitzen der Ölpreisexplosionen in konjunkturelle Schwächephasen fallen – gegenwärtig im unsicheren Umfeld der ‚Subprime‘-Krise.

» Weder der Sachverständigenrat noch die großen Forschungsinstitute in ihrer Frühjahrprognose haben der Ölpreisentwicklung spezielle Aufmerksamkeit geschenkt – sie halten also die Auswirkungen nicht für besonders gravierend oder haben sie unterschätzt. Es dürfte recht viel davon abhängen, ob die OPEC-Staaten tatsächlich durch entsprechende Mengenpolitik in der Lage und bereit sind, den Ölpreis zu stabilisieren und ob die US-Fed und die EZB darauf vertrauen, dass die durch die Ölpreissteigerungen ausgelösten Kosten- und Preissteigerungen nicht zu entsprechender Erhöhung der Lohnforderungen führen werden (so genannten „Zweitunden-Effekte“) und folglich keine Restriktion ihrer Geldpolitik betreiben. Leider gibt es sich verstärkende Stimmen aus der EZB und ihrem Umfeld, genau hierauf nicht zu vertrauen, sondern lieber vorsorglich durch Zinssteigerungen Drohsignale an die Tarifparteien auszusenden. Würde sich diese Einschätzung durchsetzen, wäre sicher Thomas Fricke, Chef-Redakteur der Financial Times Deutschland, zuzustimmen: „Was Europas Zentralbanker derzeit vorhaben, erinnert an George W. Bush im Irak: Mit relativ großem Geschütz eine schlecht belegbare Gefahr präventiv bekämpfen. Ein gefährliches Abenteuer.“ ■



Foto: Christian Kiel

☞ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Wie der Europäische Gerichtshof ArbeitnehmerInnenrechte einschränkt

von Sebastian Klähn



Foto: www.photocase.de, © misterQM

Die Europäische Gemeinschaft besitzt nur dort Regelungskompetenzen, wo ihr diese durch den EG-Vertrag eingeräumt werden. Für die Bereiche Arbeitsentgelt, Koalitionsrecht, Streikrecht und Aussperrungsrecht sieht Artikel 137 Abs.5 EG-Vertrag ausdrücklich vor, dass diese nicht in die Kompetenz der Gemeinschaft fallen. Dennoch hat sich der Europäische Gerichtshof (EuGH) in seiner jüngsten Rechtsprechung damit beschäftigt und dabei Regelungen im schwedischen, deutschen und luxemburgischen Recht für rechtswidrig erklärt, die jeweils die Sicherung anständiger Löhne zum Ziel hatten. Es ging also

keinesfalls um eine Nebenfrage des Arbeitsrechts, sondern um die Verteilungsfrage selbst. Dementsprechend werfen die Urteile die Frage auf, ob die Europäische Gemeinschaft neben der Herstellung des Binnenmarktes die politische Fähigkeit besitzt, jenseits aller Lippenbekenntnisse, auch die sozialen Grundrechte seiner BürgerInnen sicherzustellen. Die Verwirklichung der Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit rückt in weite Ferne.

In der Laval-Entscheidung entschied der EuGH, dass ein von einer schwedischen Gewerkschaft organisierter Boykott eines Unternehmens aus einem anderen Mitgliedstaat die Dienstleistungsfreiheit verletze, weil dieser darauf abziele, das Unternehmen zu zwingen die von ihm nach Schweden entsandten ArbeitnehmerInnen in Höhe des schwedischen Tariflohns zu bezahlen. Ebenso rechtswidrig seien die Tariftreueklauseln der Vergaberechte einiger deutscher Bundesländer. Danach müssen sich Unternehmen, auch wenn sie nur vorübergehend ArbeitnehmerInnen nach Deutschland entsenden, bei Annahme eines öffentlichen Auftrags verpflichten, ihre ArbeitnehmerInnen für die Zeit des Auftrags nach Tarif zu bezahlen. Luxemburg verletze das Gemeinschaftsrecht, indem es die automatische Anpassung der Löhne an die Preisentwicklung auch für entsandte ArbeitnehmerInnen vorschreibe und die Anpassung nicht lediglich auf den Mindestlohn beschränke.

□ Dienstleistungsfreiheit gegen kollektiven Schutz

Der EuGH behält sich nach seiner ständigen Rechtsprechung vor, auch solche Normen der Mitgliedstaaten auf ihre Vereinbarkeit mit den Grundfreiheiten zu überprüfen, für welche die Gemeinschaft keine Regelungskompetenz besitzt. Dies lässt er nun auch für die Bereiche gelten, in denen die fehlende Kompetenz ausdrücklich festgestellt wird.



Dass der EuGH den Boykott der schwedischen Gewerkschaft genauso am Maßstab der Dienstleistungsfreiheit prüft wie eine staatliche Maßnahme, ist ein weiteres Novum. Schon zuvor hatten die luxemburger Richter Maßnahmen Privater am strengen Maßstab der Grundfreiheiten geprüft, wenn sie die Ausübung einer rechtlichen Autonomie darstellten. Nun stellte er fest, dass dies auch für kollektive Maßnahmen von Gewerkschaften und Tarifparteien gelte, wie etwa Streik und Tarifverträge. Welche Konsequenzen dies haben wird, wird sich erst noch zeigen.

Nach Auffassung des EuGH ergibt sich die Rechtswidrigkeit der genannten Regelungen aus der Dienstleistungsfreiheit und der Entsenderichtlinie. Unabhängig davon, dass die Entscheidungen aus vielerlei Gründen zu kritisieren sind, erweist sich seine Auslegung der Entsenderichtlinie als besonders verhängnisvoll.

Die grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen wird durch die Dienstleistungsfreiheit geschützt. Schon Maßnahmen, die geeignet sind, ihre Ausübung weniger attraktiv zu machen, können einen Verstoß begründen, wenn sie nicht durch einen zwingenden Grund des Allgemeininteresses gerechtfertigt sind. Somit kann auch die Verpflichtung zur Zahlung eines höheren Lohns als im Herkunftsland einen Verstoß begründen, wenn sie nicht gerechtfertigt sind. Als Rechtfertigungsgründe erkennt der EuGH die Verhinderung von Sozialdumping und der Schutz der ArbeitnehmerInnen an. Das sind jedoch genau die Ziele, die der schwedische Streik, die deutschen Tariftreueklauseln und die luxemburgische Indexierung der Löhne verfolgten. Die Dienstleistungsfreiheit bewirkt also nicht ihre Rechtswidrigkeit, da eine Einschränkung gerechtfertigt wäre. Zu einem anderen Ergebnis gelangt der EuGH nur, indem er die Dienstleistungsfreiheit in Verbindung mit der Entsenderichtlinie auslegt.

Die Entsenderichtlinie regelt die Entsendung von ArbeitnehmerInnen durch Unternehmen, die in einem anderen EU-Staat Dienstleistungen erbringen. Sie verfolgt die Koordinierung der Gesetze

der Mitgliedstaaten, um einen Kern zwingender Bestimmungen über ein Mindestmaß an Schutz von entsandten ArbeitnehmerInnen festzulegen. Dies geschieht durch Artikel 3, dem Herzstück der Richtlinie. Dieser enthält eine Aufzählung von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen, welche die Mitgliedstaaten den in ihr Hoheitsgebiet entsandten ArbeitnehmerInnen durch Rechts- oder Verwaltungsvorschriften oder für allgemein verbindlich erklärte Tarifverträge oder Schiedssprüche zu garantieren haben. Diese Aufzählung sieht unter anderem Mindestlohnsätze vor.



Davon, ob diese Aufzählung als abschließend oder nicht erschöpfend verstanden wird, hängt ab, ob die Richtlinie den Schutz entsandter ArbeitnehmerInnen fördert oder beschneidet. Im ersten Fall führt sie zur Rechtswidrigkeit aller Normen, die nicht ausdrücklich vorgesehen sind, im zweiten bleibt es den Mitgliedstaaten unbenommen, für die in ihr Hoheitsgebiet entsandten ArbeitnehmerInnen günstigere Vorschriften vorzusehen. Der EuGH entschied grundsätzlich, die Aufzählung abschließend auszulegen. Der ursprüngliche Zweck der Richtlinie, die Rechte der ArbeitnehmerInnen des Herkunfts- und Aufnahmelandes wenigstens anzunähern, tritt nun gegenüber dem Verbot von Maßnahmen in den Hintergrund, welche die Richtlinie nicht ausdrücklich vorsieht. Die Tariftreueklauseln des deutschen Vergaberechts und der schwedische Boykott sind dann rechtswidrig, da sie auf die Einhaltung von Tarifverträgen und nicht lediglich auf die für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge abzielen. Freilich sind die üblichen Tarifverträge regelmäßig weitergehender, als die für allgemeinverbindlich erklärten. Die luxemburgische Regelung über die Lohnanpassung verstößt nach dieser Lesart gegen die Richtlinie, da sie alle Löhne betrifft und nicht lediglich die in der Richtlinie genannten Mindestlohnsätze.

□ Auslegung im Sinne des EU-Parlamentes?

Zur Begründung führt der EuGH aus, dass der Richtlinie andernfalls ihre praktische Wirksamkeit genommen werde, und dass der Gemeinschaftsgesetzgeber dies so gewollt habe. Letzterer war sich im Gesetzgebungsverfahren jedoch sehr wohl bewusst, dass Aufzählungen die Gefahr in sich bergen, abschließend verstanden zu werden und wünschte sich dies keinesfalls. Insbesondere das Europaparlament tagte seinerzeit mit einer sozialen Mehrheit. Ursprünglicher Zweck der Entsenderichtlinie war es, die Rechtssicherheit und Akzeptanz in der Bevölkerung bezüglich der Entsendung von ArbeitnehmerInnen zu erhöhen, indem man sie sozial ausgestaltet. Zur Klarstellung wurde der Richtlinie der Artikel 3 Absatz 7 beigefügt, nach dem die Aufzählung nicht der Anwendung von für die ArbeitnehmerInnen günstigeren Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen entgegensteht. In dieser Fassung kam eine demokratische Mehrheit zustande und wurde die Richtlinie angenommen. Nach den Entscheidungen des EuGH kommt diesem Absatz keine praktische Bedeutung mehr zu.

» Zu beachten ist, dass die Urteile nur die Rechtswidrigkeit der genannten Regelungen bewirken, insoweit sie auf entsandte ArbeitnehmerInnen angewandt werden. Bezüglich der einheimischen ArbeitnehmerInnen besteht die bisherige Rechtslage fort. Allerdings ist fraglich, ob eine unterschiedliche Behandlung von entsandten und einheimischen ArbeitnehmerInnen politisch wünschenswert und durchsetzbar ist. Zumindest bezüglich der Tariftreueklauseln kann dies schon jetzt verneint werden. Die betroffenen Bundesländer haben die Anwendung dieser Regelung nach der Rüffert-Entscheidung zunächst ausgesetzt.

□ Vorentscheidung ohne politische Debatte

Die Folgen der Entscheidungen werden die ArbeitnehmerInnen in ihren Geldbeuteln zu spüren bekommen. Insbesondere in den Branchen, die den Wettbewerb über den Lohn ausfechten, wird sich der Druck erhöhen. Dies wirft die Frage auf, wer die politische Verantwortung für die Entwicklung trägt. Diejenigen, welche die Entsenderichtlinie seinerzeit verabschiedeten, hatten mehrheitlich nicht mit einer solchen Auslegung gerechnet. PolitikerInnen, welche die Entscheidungen begrüßen, sind gut daran beraten, sich zurückzuhalten und auf die Unabhängigkeit des EuGH zu verweisen, so dass sie nicht die unpopulären Entscheidungen verteidigen müssen. Es ist jedoch anzunehmen, dass der EuGH ohne starke FürsprecherInnen nicht zu seiner Auslegung gekommen wäre. Zuerst ist hier die Kommission zu nennen, die als Verfahrensbeteiligte und im Luxemburg Fall als Klägerin durchweg für eine abschließende Auslegung plädiert hatte.

Dabei ist der zu Grunde liegende Interessenkonflikt offenkundig. Die Mitgliedstaaten mit einem hohen Lohnniveau haben ein Interesse, dieses vor Konkurrenz zu schützen. Mitgliedstaaten mit niedrigeren Einkommen wollen ihren Unternehmen ermöglichen, im europäischen Ausland durch die Ausnutzung des Wettbewerbsvorteils „billige Löhne“ Fuß zu fassen. Die entsandten ArbeitnehmerInnen wiederum sind auf die so entstehenden Arbeitsplätze angewiesen, gleichzeitig wollen sie jedoch von einem höheren Lohnniveau im Ausland profitieren. Die Grenze verläuft vor allem zwischen den alten und den neuen Mitgliedstaaten. Die Urteile schaffen hier Fakten, ohne dass zuvor ein demokratischer Meinungskampf stattgefunden hätte und ohne dass es jemanden gäbe, der die politische Verantwortung hierfür übernehmen muss. Übrigens gehört auch Irland zu den Ländern, in denen massive Bedenken bestehen, ob ihre Rechtsordnung mit der nunmehrigen Auslegung der Entsenderichtlinie vereinbar ist. ■

☞ Sebastian Klähn, Jurist, war Referendar im DGB Verbindungsbüro in Brüssel.

85 Jahre „Sozialistische Politik und Wirtschaft“

von Thilo Scholle

„Werte Genossen! Wir unternehmen hiermit den Versuch, einen längst gehegten Plan in die Wirklichkeit umzusetzen, mit dem wir hoffen, einem wirklichen Bedürfnis abzuhelpfen. Die einzig bestehende Partei-Korrespondenz ist nach Absicht und in der Tat eine Nachrichten-Korrespondenz. Die Lücke, die neben einer Nachrichten-Korrespondenz besteht, wurde früher ausgefüllt durch eine große Anzahl freier Schriftsteller aus der Reihe der Parteigenossen. Deren Zahl hat die wirtschaftliche Katastrophe vermindert: es ist dem Einzelnen kaum möglich, auch nur die Spesen an Papier und Porto zur Versendung seiner Arbeiten an eine größere Zahl von Zeitungen aufzubringen. Beidem: dem Bedürfnis der Zeitungen nach Anregung und dem der Schriftsteller, sich zu äußern, will die Korrespondenz dienen.“



Mit diesen eher dünnen Worten führte Paul Levi in Heft 1 – erschienen am 15. Februar 1923 – die Leserinnen und Leser in das publizistische Konzept seiner Zeitschrift „Sozialistische Politik und Wirtschaft“ (spw) ein (vgl. Ludewig 1981, 14 ff.). Nach ihrem Gründer und Herausgeber umgangssprachlich auch „Levi-Korrespondenz“ genannt, entwickelte sich die spw bald zur zentralen Zeitschrift des linken SPD-Flügels. Der Rechtsanwalt und Reichstagsabgeordnete Levi war mit einigen AnhängerInnen erst wenige Monate vorher nach Tätigkeiten in KPD, „Kommunistischer Arbeitsgemeinschaft“ sowie der USPD wieder zur SPD gestoßen (vgl.: Rünker, Scholle 2005, 47 ff.; Krätke 1998, 31; Quack 1986). Paul Levi sah seine Rückkehr in die SPD mit nüchternem Blick. Die putschistische und zunehmend aus Moskau be-



stimmte Politik der KPD lehnte er ab, der stark gemäßigten und nur auf parlamentarische Mittel setzenden Politik der SPD stand er äußerst kritisch gegenüber. Maßgeblich für ihn war, dass ohne eine starke und geeinte ArbeiterInnenbewegung die notwendige gesellschaftliche Dynamik hin zum Sozialismus nicht erreicht werden kann. Eine organisierte Parteilinke gab es in der SPD nicht. Vor allem Dank seiner publizistischen Aktivitäten entwickelte sich Paul Levi zur führenden Gestalt auf dem linken Parteiflügel.

□ Der Beginn der spw

Die Existenz der spw führte beim Parteivorstand nicht nur zu Freudensprüngen. Da die Zeitschrift nicht nur reines Theorieorgan blieb, sondern auch in innerparteilichen Auseinandersetzungen Position bezog, sah sich die Zeitschrift immer wieder mit dem Vorwurf, spalterischen Tendenzen Vor-schub zu leisten, konfrontiert.

» Erschien die Zeitschrift zu Beginn noch maschinengeschrieben, so konnte bald zu einer gedruckten Fassung übergegangen werden, deren Erscheinungsrhythmus sich auf ein wöchentliches Erscheinen einpendelte. Neben Paul Levi nahm seine enge Mitarbeiterin Mathilde Jacob mit der Geschäftsführung eine wichtige Rolle ein.

Die sozialdemokratische Presselandschaft hatte sich im Jahr 1923 verändert. Neben den Schwierigkeiten der Zusammenlegung der Presseorgane von SPD und USPD führte vor allem die Wirtschaftskrise zu einem Sterben sozialdemokratischer Blätter. Ende 1922 wurde die „Sozialdemokratische Parteikorrespondenz“ eingestellt, 1923 folgten „Der wahre Jacob“, „Die Gleichheit“, das „Mitteilungsblatt des Parteivorstandes“ sowie mit der Zeitschrift „Neue Zeit“ auch das zentrale Theorieorgan der Sozialdemokratie. Erst ab 1924 wurden diese Lücken mit der vom Parteivorstand herausgegebenen Zeitschrift „Neue Gesellschaft“ sowie mit dem „Sozialdemokratischen Pressedienst“ teilweise wieder geschlossen (Ludewig, 15 f.)

□ spw als Ort linker Debatte

Mit der spw entwickelte sich das einzige Organ außerhalb der parteiöffentlichen Presse, das Einfluss auf politische Debatten in der Partei nahm, und deshalb auch vom SPD-Parteivorstand ernst genommen wurde. Zwar fanden sich in den Hefen zum Teil auch tagespolitische Nachrichten. Charakteristisch wurden jedoch die Kommentare und Analysen.

» Behandelt wurden sämtliche in der damaligen politischen Debatte wichtigen Themen aus Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik. Breiten Raum nahm die Analyse und Diskussion des Handelns von Parteivorstand und Reichstagsfraktion ein. Entscheidend war hier die Frage nach der Stellung und Aufgabe der SPD im Weimarer Parteiensystem. Auch geprägt durch Paul Levis Tätigkeit als Rechtsanwalt wurde zudem die Entwicklung der Justiz und des Umgangs mit rechter politischer Gewalt in der Weimarer Republik stark kritisiert (vgl. Levi 1924, spw 35).

Betrachtet man die einzelnen Artikel in der spw, so fällt zunächst die sprachliche Brillanz von Paul Levi ins Auge. Eine genaue Einordnung der einzelnen Artikel in den politischen Kontext der Zeit ist deutlich schwieriger, soll im folgenden jedoch anhand einiger Beispiele unternommen werden. Zwar ließen sich beispielsweise aus den Streitigkeiten um das Für und Wieder von Koalitionen mit bürgerlichen Parteien oder der KPD mühelos Überschneidungen zu heutigen Diskussionen konstruieren. Allerdings wäre dies auf Grund der völlig anderen Beschaffenheit von gesellschaftlichem Kontext sowie der Ausrichtung und Struktur der Parteienlandschaft von nur geringem Wert für aktuelle politische Debatten.



□ Die Sozialdemokratie in der Weimarer Republik

Für die spw bestand die erste Aufgabe der Sozialdemokratie in erster Linie darin, für die Interessen der Arbeiterklasse einzustehen. Dass dies auch in Koalitionen mit bürgerlichen Parteien möglich sein konnte, wurde skeptisch gesehen. Erste Aufgabe sei, die Kraft der Arbeiterschaft zu bündeln und zu stärken (vgl. Levi 1928, spw 21). Eine prinzipielle Absage an Koalitionen bedeutete dies jedoch nicht. „Wir von unserem Standpunkt betrachten es nicht als einen Fehler, dass die Frage der Anteilnahme der Sozialdemokratischen Partei an der Regierung als eine taktische Frage diskutiert wird, die sie in Wirklichkeit ist. (...). Ganz allgemein kann man sagen, dass die Voraussetzung einer Koalition die Gemeinsamkeit eines Interesses ist. Diese Gemeinsamkeit braucht absolut keine dauernde zu sein. Ist nämlich die Gemeinsamkeit des Interesses eine dauernde, so kommt statt der Koalition die Verschmelzung. Dass aber das Bestehen eines vorübergehenden gemeinsamen Interesses zu einer Koalition auch einer sozialistischen Partei führen kann, ist an und für sich unbestritten; beispielsweise (...) die Verteidigung der demokratischen Staatsform (...).“ (Levi 1928, spw 24). Für die von der SPD in der Weimarer Republik eingegangenen Regierungsbündnisse vermisste die spw solche Gemeinsamkeiten allerdings.

» Für die Analyse der bisherigen Regierungspolitik der SPD erkannten die AutorInnen der Zeitschrift die Zwänge beispielsweise durch die Reparationenfrage an. „So scheint uns gegenwärtig wie bisher die Politik des, gewiss gut gemeinten Opfers verhängnisvoll zu sein, weil es zum Gegenteil dessen führt, was mit dem Opfer erkaufte werden soll. Die Sozialdemokratie hat nur eine Aufgabe: in rücksichtslosem Kampf, auf dem viel günstigeren Boden, der jetzt geschaffen ist, sozial, wirtschaftlich, politisch das Proletariat zum schwersten Körper in Deutschland zu gestalten; aus diesem Einen folgt alles andere von selbst: Die Sicherheit der Republik und die Einheit des Reiches, die Stabilität in der Außenpolitik und die

Befriedung Europas, die Rettung Deutschlands aus der gegenwärtigen Barbarei und der Glaube der Arbeitermassen an unsere Partei und an ihre eigene Zukunft“ (Levi 1924, spw 37).

Die grundsätzliche Skepsis gegenüber den Handlungsmöglichkeiten der SPD in der Weimarer Republik hinderte die spw nicht an durchaus differenzierten Analysen von Staatlichkeit. So schrieb Paul Levi zum Thema „Faschismus und die Arbeiter“ anhand des Beispiels Italien, „(...) aber wenn auch der liberale Staat zu uns in Gegensatz steht und er von uns als feindlich bekämpft wird, so ist noch lange nicht gesagt, dass jeder Staat, der an seine Stelle gesetzt werde, der bessere sei, und dass jede Handlung, die die Zerstörung des liberalen Staates bedeute oder anstelle dann eine revolutionäre Handlung sei, revolutionär so wie wir das Wort auffassen“ (Levi 1927, spw 6.) Eine solche Handlung sei nicht revolutionär, sondern reaktionär.

□ Zur programmatischen Lage der Sozialdemokratie

Intensive Diskussionen wurden auch über die Programmatik der SPD geführt. Daneben spielte auch die Organisationspolitik, der Umgang der Führung mit der Opposition auf den Parteitag, die dortigen Redezeiten und Antragsberatungen, sowie allgemein die Debattenkultur und intellektuelle Lage der Partei eine Rolle (vgl. u.a. Levi 1924, spw 38).

» Zum Entwurf des Heidelberger Programms im Jahr 1924 schrieb Levi: „Der Programm-entwurf ist ein Versuch, eine brüchige Praxis durch eine Theorie zu unterfüttern und damit haltbar zu machen. Der Versuch ist gescheitert. (...) Die vergangenen zehn Jahre haben uns doch gelehrt, dass Programme das Wesen einer Partei am wenigsten bestimmen. So wie Ideen nur Macht werden, indem sie die Massen erobert, so werden auch Programme nur leben in dem Maße, in dem sie die Parteiköpfe bestimmen und leiten. Hat ein Programm in dieser Beziehung versagt, so ist es Aufgabe eines Neuentwurfes, eben diese

Lücke zu schließen. Diese Lücke zu schließen, hat der Entwurf nicht unternommen; er hat sich dabei beschieden, an den Grundlagen des Erfurter Programms herumzunagen“ (Levi 1925, spw 31). Neben der Kritik an der dürftigen ökonomischen Analyse nahm Levi u.a. auch die Formulierung aufs Korn, die von der Organisation der „Arbeiter aller Kulturländer“ sprach und damit einen Großteil der Menschheit ausschloss, sowie die Feststellung, dass „die Pflichten (der internationalen Solidarität) aufs innigste verknüpft mit den Pflichten der Sozialdemokratie eines jeden Landes gegenüber dem eigenen Volk (sind)“. Hier sah Levi eine deutliche Abkehr von internationalistischen Überzeugungen.

Die Politik der KPD wurde in der spw intensiv analysiert und sehr kritisch betrachtet. Neben der reinen Obstruktionspolitik in den Parlamenten bezog sich die Kritik dabei vor allem auf die mageren gesellschaftlichen Analysen der Partei sowie deren zunehmende Abhängigkeit von der Zentrale in Moskau (Reuter 1923, spw 14).

□ Was bleibt?

Zum zehnten Jahrestag des Ausbruchs des 1. Weltkriegs schrieb Paul Levi in der spw: „Als am 1. August 1914 (...) der Mobilisierungsbefehl angeschlagen wurde, da formten sich die Menschenmassen zu langen Zügen und jenes kannibalische Schauspiel begann, dass dann die philosophischen Deutschen als große Zeit bezeichneten; mit grölender Stimme, (...) zog das Volk der Denker und Dichter durch die Straßen, durch nichts einer Menschenfresserbande ungleich als durch die (...) Einbildung, an der Spitze der Zivilisationen zu marschieren. (...) Es hat nicht genügt, dass die Arbeiterschaft theoretisch das kommende Ereignis vorgesagt hatte, (...) Alle diese theoretische Erkenntnis ist vor dem Sturm der Ereignisse verblasst. (...) die Stellung des Proletariats im Staat und gegenüber der Bourgeoisie neu definiert, der Klassenkampf ward ‚eingestellt‘ (...). Der Krieg hat das geographische und wirtschaftliche Weltbild umgestürzt; er hat das soziale gelassen“ (Levi 1924, spw 46).



Im Herbst 1928 wurde die spw mit der u.a. vom späteren Gründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SAP), Max Seydewitz, herausgegebenen Zeitschrift „Der Klassenkampf“ vereinigt. Paul Levi schrieb nur noch selten für das neue Blatt.

Die Debatten der spw waren bestimmt von den Umständen der Zeit. Manche Einschätzung der Politik der SPD mag im nachhinein zu hart gewesen sein. Der manchmal aufblitzende Optimismus, doch noch eine einig und aktionsfähige ArbeiterInnenbewegung herzustellen zu können, mag vor den Erfahrungen des Faschismus tragisch wirken. Das letzte Zitat von Paul Levi macht aber eines deutlich: Hinter dem Wunsch nach der Einheit der ArbeiterInnenbewegung stand das Ziel, zur Erringung einer friedlichen und sozialen Welt beizutragen.

In der spw fanden sich viele Beiträge, die tagesaktuelle Ereignisse vor dem Hintergrund eines fundierten theoretischen Rahmens einzuordnen und mit einer strategischen Perspektive für die ArbeiterInnenbewegung zu versehen verstanden. Mit der Fusion beider Zeitschriften fand ein Projekt das Ende, das ein spannendes Beispiel dafür bietet, auf welch hohem Niveau inhaltliche und strategische Debatten auch in der Sozialdemokratie geführt werden können. ■

☞ Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.

Literatur

- Krätke, Michael: Der letzte Ritter, in: spw 100, S. 31ff.
- Levi, Paul: Faschismus und die Arbeiter, in: spw-Heft 6, 11. Februar 1927.
- Levi, Paul: Verantwortung und Regierung, in: spw-Heft 21, 25. Mai 1928.
- Voraussetzungen einer Koalition, in spw-Heft 24, 15. Juni 1928.
- Levi, Paul: Zum sozialdemokratischen Programmwurf, in: spw-Heft 31, 7. August 1925.
- Levi, Paul: Justizbankrott, in spw-Heft 35, 2. Juni 1924.
- Levi, Paul: Die Aufgaben des Parteitag, in: spw-Heft 37, 11. Juni 1924.
- Levi, Paul: Nach dem Parteitag, in: spw-Heft 38, 18. Juni 1924.
- Levi, Paul: Nach zehn Jahren, in: spw-Heft 46, 26. Juli 1924.
- Ludewig, Hans-Ulrich: Die „Levi-Korrespondenz“, in: IWK, Heft 1/1981, S. 14ff.
- Reuter, Ernst: Sekte oder Partei. Zur Krise des deutschen Kommunismus, in: spw Heft 14, 12. April 1923.
- Rünker, Reinhold/ Scholle, Thilo: Linkssozialist in der SPD zu sein – Zum 75. Todestag von Paul Levi, in: spw 2/ 2005, S. 47ff.
- Quack, Sibylle : Geistig frei und niemandes Knecht, Frankfurt am Main/ Berlin 1986.

Für eine Linke der Zukunft: Die Debatte

von Kai Burmeister und Stefan Stache



Die Jusos haben sich in diesem Sommer mit dem Thesenpapier „Für eine Linke der Zukunft“ aufgemacht, über die Tagespolitik hinaus die Fundamente linker Politik zu diskutieren. Auf dem gleichnamigen Berliner Kongress stellten die Jusos Anfang Juni das in 63 Thesen unterteilte Papier vor. In den nächsten Monaten soll in den Juso-Gliederungen eine Verständigung über die Analyse und Strategie jungsozialistischer Politik erfolgen. Franziska Drohsel, Juso-Bundesvorsitzende, geht im spw-Interview auf die Motive und Inhalte des Thesenpapiers ein. Das Papier kann unter www.jusos.de heruntergeladen werden.

» spw hat sich für die zweite Jahreshälfte vorgenommen, diesen theoretischen Impuls einer neuen Juso-Generation aufzugreifen. Wir eröffnen in diesem Heft die Debatte und laden unsere LeserInnen ein, mit kritischen und konstruktiven Beiträgen einzugreifen. Dieser Aufruf geschieht in dem Bewusstsein, dass ein produktiver Streit die sozialistische Linke insgesamt beflügeln kann.

» spw will dazu beitragen, die Elemente einer marxistischen Zeitdiagnose mit einer modernen sozialistischen Strategie zusammenzubringen. Damit wollen wir auch an unsere eigene Geschichte, die eng mit den Herforder Thesen und den 53 Thesen verbunden ist, anknüpfen. ■

„Linkssein ist wieder angesagt!“ Juso-Thesen „Für eine LINKE der ZUKUNFT“

Interview mit Franziska Drohsel



spw: Bei den Jusos findet wieder eine Theorie-debatte statt. Was war der Ausgangspunkt Eurer Diskussion und was ist der theoretische Bezugsrahmen.

» **Franziska Drohsel:** Ende der 90er Jahre dominierte der neoliberale Zeitgeist. Linke waren gesellschaftlich in der Minderheit und mussten sich in Abwehrkämpfen aufreiben. Das hat sich geändert, nicht zuletzt weil das Ergebnis der neoliberalen Zeit, eine stärkere soziale Spaltung, überall sichtbar ist.

Linkssein ist wieder angesagt. Das merken wir unter jungen Leuten ganz besonders und natürlich auch im Verband. Es ist jedoch unklar, was links heute bedeutet. Mit dem Thesenpapier wollen wir jenseits der Tagespolitik die Debatte bei den Jusos führen, was linke Politik ausmacht. Das Ziel muss sein, unabhängig vom Zeitgeist das theoretische Rüstzeug für Gesellschaftsanalyse im Verband zu verankern und damit die Grundlage für die politische Praxis zu legen. Wir kämpfen mit dieser Debatte um Eckpfeiler linken Selbstverständnisses bei den Jusos.

Der Bezugsrahmen sind für uns in erster Linie die Diskussionen früherer Juso-Generationen, denn die Schwierigkeiten linker Organisation in der SPD sind nicht neu. Dabei sind Bezugnahmen auf marxistische Kategorien aufgrund ihrer Aktualität unabdingbar. In den letzten Jahren wurden spannende Diskussionen in der gesellschaftlichen Linken geführt. Ob Staatskritik oder die Gefahr von verkürzter Kapitalismuskritik als Transporteur reaktionärer Ressentiments, all das sind auch für uns wesentliche Diskussionen für unsere Politik.

□ „Wir kämpfen um Eckpfeiler linken Selbstverständnisses bei den Jusos“

spw: Ihr beleuchtet auch kritisch die Rolle früherer Juso-Generationen. Was nehmt Ihr als Erbe oder Impulse in Eure Debatte mit auf?

„**Franziska Drohsel:** Wir haben vor dem Hintergrund unserer eigenen Geschichte versucht herauszuarbeiten, wo wir heute stehen. Da hat sich in den letzten Jahren einiges verändert und auf Basis dessen müssen wir eine politische Analyse und Strategie entwerfen. Ohne die Erfahrungen früherer Juso-Generationen wäre eine solche Debatte aber kaum denkbar und ungleich schwerer.

Wir sind die Jugendorganisation der SPD und gleichzeitig eigenständiger linker Jugendverband. Als Teil der Parteilinken wollen wir unseren Gestaltungsspielraum innerhalb der Partei nutzen und als außerparlamentarischer Akteur die Organisation einer gesellschaftlichen Linken unterstützen. Diese Multifunktion, theoretisch gefasst in der Doppelstrategie, ist wohl eines der wichtigsten Erben früherer Juso-Generationen.

Als Erbe sehen wir auch die Zentralität von Analyse als Ausgangspunkt politischen Handelns. Und auch wenn wir es nicht mehr unter der Begrifflichkeit „systemüberwindender Reformen“ diskutieren, so hat die Frage, ob es über das Bestehende hinausgehende Reformansätze geben kann, eine Rolle gespielt. Niemandem ist geholfen, wenn

unter falschen oder verkürzten Grundannahmen Hoffnungen auf eine grundsätzliche Überwindung geweckt werden. Weder das kommunal verwaltete Schwimmbad noch das besetzte Haus mit Volksküche untergraben die Strukturmerkmale dieses Systems. Sie sind das, wofür es trotz der Begrenztheit zu kämpfen lohnt: Rettungsringe der Vernunft im Meer der Unvernunft.

spw: Was skizziert das aktuelle kapitalistische System?

„**Franziska Drohsel:** In erster Linie zeichnet sich Kapitalismus als ein System aus, das mit seiner Totalität auf alle Lebensbereiche und sozialen Beziehungen der Menschen wirkt. Die moralische Empörung über einzelne „böse Heuschrecken“ hilft da nicht weiter, im Gegenteil: im schlimmsten Fall landen sie bei Verkürzungen und werden damit falsch, im schlimmsten Fall kommen sie zum Antisemitismus und werden damit bekämpfenswert. Kapitalismus ist ein Strukturprinzip, das alles durchzieht.

Aktuell haben wir insbesondere drei Entwicklungen ausgemacht, mit denen wir uns politisch auseinandersetzen müssen. Das ist erstens die Globalisierung und mit ihr die Notwendigkeit einer echten Internationalisierung von Politik. Zweitens die Prekarisierung der Arbeit und damit der Kampf an Seiten der Gewerkschaften für eine neue Regulierung der Arbeitswelt. Drittens die Zunahme sozialer Spaltung, was eine Politik für eine umfassende Partizipation aller an dieser Gesellschaft, d. h. an Bildung, Kultur, Reichtum, Politik, erforderlich macht.

□ Ohne die SPD wird es keine fortschrittliche Politik in diesem Land geben

spw: Wie schätzt Ihr die gegenwärtigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ein? Welche Möglichkeiten seht Ihr für die Sozialdemokratie, ihre im Hamburger Grundsatzprogramm formulierten Ziele zu einer gesellschaftlichen Mehrheit werden zu lassen?

” **Franziska Drohsel:** Die Kräfteverhältnisse sind angesichts des Zustandes der gesamten gesellschaftlichen Linken nicht die besten. Aber der Zeitgeist hat sich gewandelt und deshalb gibt es keinen Grund für Pessimismus. Mehr Menschen wollen eine fortschrittliche Politik. Die Sozialdemokratie muss deutlich machen, was das konkret heißt, sie muss glaubwürdig dafür stehen und dann bin ich zuversichtlich, dass wir wieder Mehrheiten erringen.

spw: Was heißt für Euch heute „Doppelstrategie“? Warum ist es weiterhin sinnvoll, in der Sozialdemokratie aktiv zu sein?

” **Franziska Drohsel:** Doppelstrategie heißt, sich die Freiheit der grundsätzlichen Kritik und Vision nicht nehmen zu lassen und trotzdem im Hier und Jetzt realpolitische Auseinandersetzungen zu führen. Es heißt außerdem, politischen Druck in der Parteipolitik und in den sozialen Bewegungen zu erzeugen und die beiden Auseinandersetzungsfelder in Bezug zueinander zu setzen.

Und zur SPD: ohne die SPD wird es keine fortschrittliche Politik in diesem Land geben. Deshalb kämpfen wir als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten um diese Partei.

Foto: Jusos in der SPD



spw: Mich hat in dem Thesenpapier überrascht, dass der Begriff „Sozialstaat“ nur einmal vorkommt. An anderer Stelle wird einmal von der Bürgerversicherung und der Arbeitsversicherung gesprochen, ohne dass dies jedoch zum bisherigen System der Sozialversicherung in Beziehung gesetzt würde.

” **Franziska Drohsel:** Die Bürgerversicherung und die Arbeitsversicherung sind für uns zwei Projekte, auf die wir uns positiv beziehen und deshalb durften sie in dem Papier nicht fehlen. Für die Frage, wie das konkret aussehen könnte, ist das Thesenpapier der falsche Rahmen. An anderer Stelle führen wir dazu gern die Debatte.

spw: In den „53-Thesen für einen Modernen Sozialismus“, die Ende der 1980er Jahren als einer der letzten großen theoretischen Entwürfe aus Juso-Kreisen entstanden, ist sehr viel die Rede von der Entwicklung der Produktivkraft, ihren Chancen und Risiken, vor allem – unter dem Stichwort „Der Staat als Pionier“ – aber der Notwendigkeit, sie zu gestalten. Welche Relevanz weist Ihr der Produktivkraftentwicklung zu? Welche Bedeutung hat hier für Euch der Staat?

” **Franziska Drohsel:** Natürlich ist die Entwicklung der Produktivkraft eine entscheidende und es ist auch unsere Vorstellung, dass darauf politisch Einfluss genommen wird. Dabei ist der Staat als Akteur natürlich entscheidend. Nur auch an dieser Stelle: Unser Thesenpapier hat einen grundsätzlichen Anspruch. Über den Staat kann sozialer Fortschritt erkämpft werden und der Staat sichert gleichzeitig die Funktionsfähigkeit des Kapitalismus ab. „Staat“ ist also nicht per se gut, sondern ein Terrain von Auseinandersetzungen.

spw: Die Jusos sehen sich als „sozialistischen, feministischen und internationalistischen“ Richtungsverband. Was kennzeichnet diese Zuweisung?

„**Franziska Drohsel:** Sozialistisch zu sein, heißt für die Überwindung des Kapitalismus und den demokratischen Sozialismus zu kämpfen. Feministisch bedeutet die Annahme, dass wir im Patriarchat leben, wir dieses hinter uns lassen wollen und wir deshalb feministische Politik betreiben. Internationalismus lässt sich mit der Aussage „Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten“ beschreiben.

spw: In den Thesen wird bekräftigt, dass die Jusos für die Integration der Europäischen Staaten eintreten. Welche Vision habt Ihr für die Europäische Integration? Welche politische Rolle kommt der Europäischen Union zu?

„**Franziska Drohsel:** Zunächst ist für uns Europa in dem Sinne ein Friedensprojekt, in dem sich ehemals gegeneinander Kriege führende Staaten zusammengeschlossen haben. Derzeit ist es eine Wirtschaftsunion und deshalb muss die soziale Dimension von Europa erkämpft werden. Außerdem wollen wir keine Festung Europa, sondern eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik.

□ **Ernsthafte Politik braucht am Anfang eine schonungslose Analyse**

spw: Ihr betont sehr stark den Kampf gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus.

„**Franziska Drohsel:** Angesichts dessen, dass es in Teilen dieses Landes No-Go-Areas gibt, wo Neonazis Menschen jagen, zusammen-treten und umbringen, in diesem Land kein jüdischer Kindergarten ohne Polizeischutz existieren kann, rassistische Stimmungsmache bis in die Mitte herein verbreitet ist, Nationalismus nicht zuletzt bei der EM in Dresden zu Angriffen gegen türkische Imbissbuden geführt hat, kann ich dazu nur sagen: zu recht.

spw: Die letzte These befasst sich mit dem Verhältnis von Kollektiv und Individuum. Wenn „SozialistIn zu sein heißt (...), in der Gesellschaft eine Außenseiterrolle einzunehmen“, klingt das nicht sehr optimistisch, sondern sehr defensiv.

„**Franziska Drohsel:** Ernsthafte Politik braucht am Anfang eine schonungslose Analyse. Alles andere führt zu Enttäuschungen und Frustration. Es ist derzeit so, dass man als junge Sozialistin oder junger Sozialist an seiner Schule, in der Arbeitsstelle, an der Uni in einer Außenseiterrolle ist. Das sind Erfahrungen, welche die Genossinnen und Genossen in meinem Verband machen. Das zu leugnen oder zu beschönigen, ist der falsche Umgang. Man muss das ehrlich aussprechen, um kollektive Antworten zu entwickeln. Auf Basis dessen kann man optimistisch und nicht unter Annahme falscher Gegebenheiten in die Zukunft blicken.

spw: Wie geht es mit dem Thesenpapier weiter? Was soll am Ende der Debatte stehen?

„**Franziska Drohsel:** Wir führen im Verband jetzt eine Diskussion. Als Juso-Bundesvorstand werden wir die Anregungen, die aus dem Verband kommen, aufnehmen und auf dem Bundeskongress wird über das Thesenpapier diskutiert und es hoffentlich beschlossen werden. Anfang Februar wird es einen großen Kongress in Berlin geben, wo wir mit unseren Positionen nach draußen gehen und für diese kämpfen wollen.

spw: Liebe Franziska, vielen Dank für das Gespräch. ■

☞ Franziska Drohsel ist Juso-Bundesvorsitzende und lebt in Berlin.

☞ Das Interview führte für spw Reinhold Rünker.



Foto: privat

Abschied von einem Freund – Zum Tode von Detlev Albers

von Heidemarie Wieczorek-Zeul



» Die Nachricht vom Tod Detlev Albers hat uns alle tief getroffen. Wir kannten uns rund 40 Jahre, also etwa seit jenen Jahren, in denen die berühmte Plakataktion „Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren“ mit seiner maßgeblichen Beteiligung stattfand. Wenn ich jetzt auf die gemeinsamen Jahre und auf das gemeinsame Engagement für und in der SPD zurückblicke, dann war es sein Engagement für umfassende Demokratisierung, für globale Solidarität und ein europäisches Gesellschaftsmodell, das uns, die wir zurückbleiben, Leitschnur ist. Besonders lag Detlev, der umfassende Kenntnisse über die Parteien der Arbeiterbewegung in den europäischen Ländern und ihre unterschiedlichen wirtschaftsdemokratischen Ansätze und gute Kontakte hatte, daran, die Mitbestimmung europaweit auszubauen. Dabei wollte er den Zusammenhalt zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften stärken.

So wie die 68er-Bewegung die erste globale Jugendbewegung wurde, die erste Bewegung, die sagte, das ferne Leiden von Menschen in Vietnam geht auch uns an und ist eine Frage der globalen Solidarität und darum auch der Innenpolitik – so hat Detlev sein konkret politisches Engagement immer auch global verortet.

Uns verband die Arbeit in der SPD-Europakommission und an den Grundsatzprogrammen der SPD, dem Berliner und dem Hamburger Programm, für das er so sehr gearbeitet hat. Und ich weiß, wie sehr es ihn schmerzte, dass er auf dem Parteitag nicht mehr in den SPD-Parteivorstand gewählt wurde, der die Umsetzung des Hamburger Programms zu leisten hat. Er stand zu der Vision einer

Weltregierung. Er stand zu der Vision, dass wir die Stärke des Rechts weltweit brauchen und nicht das Recht des weltweit Stärksten, er stand zu der Vision einer globalen parlamentarisch legitimierten Regierung. Auch hier wollte er immer mehr erreichen, als für viele möglich und vernünftig erschien. Seiner SPD hat er ins Stammbuch geschrieben: „Die Vision ist das Salz des Programms!“

In dieser Zeit – eigentlich in den letzten zwei Jahrzehnten – haben wir in vielen Fragen zu großer politischer und programmatischer Gemeinsamkeit gefunden – wahrscheinlich reformistischer Gemeinsamkeit –, nachdem wir uns in der Juso-Zeit zu Beginn der 70er Jahre über die Stamokap-Auseinandersetzungen heftig gegnerisch gegenüber gestanden waren.

» Sein Tod reißt eine große Lücke in das Leben vieler Menschen, die ihn kannten und liebten, nicht nur in der SPD sondern weit darüber hinaus. Als einer der Mitbegründer der SPW hat Detlev in den Jahren seit dem Bestehen dieser Zeitschrift sehr zu ihrer Verbreitung beigetragen, wohl auch, weil ihm die Debatte innerhalb der Partei so sehr am Herzen lag. Was können wir tun, um sein Engagement für die SPD am Leben zu erhalten? Dafür sorgen, dass die SPD klaren linken Kurs hält und langfristiges Denken nicht als „altmodisch“ erklärt wird. ■

Prof. Dr. Detlev Albers, geboren am 13. November 1943 in Goslar, verstarb am 31. Mai 2008 nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 64 Jahren.

☞ Heidemarie Wieczorek-Zeul, ist seit 1998 Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Sie war Vorsitzende des SPD-Bezirktes Hessen-Süd, Bundesvorsitzende der Jusos und stellv. Vorsitzende der SPD.

Personen & Positionen

- **Sicherheit in Freiheit, Sicherheit durch Freiheit**
Reader der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion zur Innen- und Rechtspolitik erschienen.

Mit dem Sammelband möchte die Parlamentarische Linke der SPD-Bundestagsfraktion einen Beitrag zur prinzipiellen Unterscheidung sozialdemokratischer und konservativer Innen- und Rechtspolitik und ihrer Ausprägungen und Fundamente leisten. Angestrebt wird zugleich die Stärkung des Problembewusstseins über die Tiefe der aktuellen Probleme und die Bedeutung der innen- und rechtspolitischen Fragestellungen in der modernen Gesellschaft.

Die AutorInnen aus der Parlamentarischen Linken widmen sich u.a. folgenden Themen: Das Verfassungsverständnis von Wolfgang Schäuble; VerbraucherrInnenechte; Wirtschafts- und Organisierte Kriminalität; Kriminalpolitik – insbesondere im Zusammenhang mit Kindern und Jugendlichen; Menschenrechte und Haltungen wie Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus; Integration und die Rechte von MigrantInnen.

► **Download:** www.parlamentarische-linke.de

- **Let's disarm again! Abrüstungs-Antrag der IUSY auf Kongress der Sozialistischen Internationale**

Die International Union of Socialist Youth (IUSY) brachte einen Abrüstungs-Antrag auf dem Kongress der Sozialistischen Internationale (www.socialist-international.org) ein, der vom 30. Juni bis zum 2. Juli in Athen tagte. Kernforderungen des Antrages waren die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Europa, die schnelle Ratifizierung des Streumunitionsabkommens, eine deutlich restriktivere Rüstungsexportkontrolle, die Ächtung der Produktion und Verbreitung von Klein- und Leichtwaffen sowie die Abschaffung aller atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen.

► **Download:** www.abruestung-jetzt.jusos.de

- **Cordula Drautz in den SPD-Landesvorstand Berlin gewählt**

Cordula Drautz, IUSY-Vizepräsidentin und Mitglied der spw-Redaktion, ist in den Landesvorstand der SPD Berlin gewählt worden. Sie hatte auf dem Parteitag am 21. Juni im Berliner Congress Centrum erstmalig als Beisitzerin kandidiert und das zweitbeste Stimmergebnis erzielt.

Der Landesvorsitzende Michael Müller wurde mit 91,7 Prozent der Delegiertenstimmen in seinem Amt bestätigt, 200 Delegierte stimmten für ihn, 13 gegen ihn, fünf enthielten sich. Landeskassierer bleibt Mark Rackles.

□ **„250 Millionen Frauen in der EU. Und nicht eine einzige ist gut genug?“ Online-Kampagne „females in front“ fordert mehr Frauen in EU-Spitzenätern**

Die dänische Europaabgeordnete der Sozialdemokratischen Fraktion Christel Schaldemose hat am 4. Juni 2008 die Bürgerinitiative www.femalesinfront.eu gestartet. Sie wird u.a. von der Koordinatorin der Fraktion für Frauenrechte, Lissy Gröner, unterstützt.

Ziel der Kampagne ist die Sammlung von einer Million Unterschriften von europäischen BürgerInnen, welche die Berufung von mindestens einer Frau in die vier höchsten Positionen durch die Staats- und RegierungschefInnen fordern. In den nächsten 12 Monaten steht die Besetzung von vier EU-Führungspositionen an: Präsident des EU-Ministerrats, Präsident der Europäischen Kommission, Präsident des Europäischen Parlaments und Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik.

In einer Presseerklärung ihrer Fraktion sagte Schaldemose: „Wir haben immer wieder das Argument gehört, dass es keine qualifizierten weiblichen Kandidaten gibt. Dieses Argument ist allerdings nicht sehr überzeugend, wenn man bedenkt, dass es 250 Millionen Frauen in der EU gibt. Wenn wir wirklich wollten, wäre es nicht schwierig, kompetente Frauen zu finden“. Es sei „höchste Zeit, dass Frauen unter den gleichen Bedingungen wie Männer als Kandidaten für die Spitzenpositionen in der EU anerkannt werden“, so Schaldemose.

Zwar gebe es im Vertrag „eine Menge hochtrabender Worte über die Gleichstellung von Frauen und Männern“, die EU müsse dem jedoch auch nachkommen. Die Initiative solle die Forderung der Menschen Europas nach Gleichberechtigung aufzeigen.

„Ich denke nicht, dass Frauen unbedingt besser für den Posten sind. Aber sie sind genauso qualifiziert wie ihre männlichen Pendanten. Mit einer oder mehreren Frauen in Spitzenpositionen würde die EU viel repräsentativer für ihre Bürger werden. Das würde auch die Legitimität der Europäischen Union erhöhen“, fügte die Politikerin hinzu.

► **Links:** Auf www.femalesinfront.eu kann die Unterschrift abgegeben werden.

□ **DL21 für Recht auf Hauptschulabschluss**

Die SPD-Linke unterstützt das Vorhaben des Bundesarbeitsministers, das Recht auf einen nachholenden Hauptschulabschluss gesetzlich zu verankern. „Wer ernsthaft das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit gerade bei jungen Menschen lösen will, muss für alle auch die zweite oder dritte Chance bieten. Dazu gehört es, immer wieder neue Möglichkeiten zu eröffnen, einen Schulabschluss zu erreichen“, heißt es in einer Pressemitteilung vom 2. Juli.

Dies sei der „Lackmus-Test“, ob die Politik ihr Ziel des Förderns und Forderns ernst nehme. Deutschland brauche „eine Kultur der zweiten Chance“, die nicht „in den Mühlen des Föderalismus zermahlen“ werden dürfe.

Nach Ansicht der DL21 belege die hohe Zahl von Langzeitarbeitslosen ohne Schulabschluss den politischen Handlungsbedarf. „Wer Maßnahmenkarrieren zu wirklichen Chancen umwandeln will, muss eine Offensive für das Nachholen von Schulabschlüssen starten. Nur so kann sozialer Aufstieg für alle verwirklicht werden“ heißt es in der Erklärung.

Die SPD-Linke forderte die CDU auf, dem Gesetzesvorschlag von Olaf Scholz zuzustimmen, andernfalls werde „die CDU zur Interessenvertretung des Kompetenzgerangels.“

□ Kommunalpolitisches Handbuch „Die Marke Rot“ bestellbar

Das Forum DL21 hat Bärbel Dieckmann, Andrea Nahles, Stephan Weil und Klaus Wowerit als HerausgeberInnen eines zweibändigen Handbuchs zur sozialdemokratischen Praxis vor Ort gewinnen können. Unter dem Titel „Die Marke Rot“ diskutieren im ersten Band KommunalpolitikerInnen Handlungsfelder sozialdemokratischer Politik, im zweiten Band werden gelungene Beispiele und Anregungen für die Arbeit der SPD vor Ort vorgestellt.

Die Bände erscheinen im September im spw-Verlag und kosten jeweils 15,90 Euro. Bis zum 31. August sind sie zum Subskriptionspreis von je 13 Euro bzw. zusammen für nur 25 Euro erhältlich. Bestellungen bitte an die DL21-Geschäftsstelle mit beiliegendem Formular.

► **Bestellung:** www.forum-dl21.de

□ Nahles fordert mehr Rechte für europäische Betriebsräte

Andrea Nahles hat eine deutliche Verbesserung der Vorschläge der EU-Kommission zur Europäischen Betriebsratsrichtlinie angemahnt. In einer Presserklärung der SPD-Bundestagsfraktion vom 2. Juli 2008 bewertete sie den vorgesehenen Freistellungsanspruch für Qualifizierung zwar als ein positives Element. „Dem Anspruch der Kommission, den Strukturwandel zu europäischen Unternehmen zu fördern, werden die Vorschläge jedoch nicht gerecht“, so Nahles.

Betriebsräte seien „Partner und keine Kostentreiber in den Unternehmen. Diese Philosophie findet sich in den Vorschlägen leider nur unzureichend, so die Politikerin. Wenn Betriebsräte als konstruktive Partner der Unternehmen gewollt seien, benötigten sie „wirkliche Rechte und Teilhabemöglichkeiten“. Man brauche daher „Mitspracherechte und frühzeitige Informationen.“ Als „zu vage“ bezeichnete Nahles den Vorschlag die Betriebsräte in einem angemessenen Zeitraum zu informieren und forderte stattdessen einen konkreten Zeitrahmen. Durch eine rechtzeitige und umfassende Einbeziehung und Mitgestaltungsrechte der ArbeitnehmerInnen gelängen größere Umstrukturierungen in den Unternehmen besser.

Die Sanktionsmöglichkeiten bei einem Verstoß gegen die Informationspflichten seien noch nicht geklärt. Nahles sprach sich für eine kurze Frist zur Gründung von Euro-Betriebsräten aus, da die bisherige Frist von drei Jahren zu lang sei.

Nahles forderte, dass Euro-Betriebsratsmitglieder Zugang zu allen Werken einer Unternehmensgruppe erhalten. Gewerkschaften, die im Unternehmen vertreten seien, müssten an Sitzungen des Euro-Betriebsrates teilnehmen dürfen.

5 Fragen an ... Stefan Schostok



☞ Stefan Schostok, aktuelles Foto

Foto: www.stefan-schostok.de

» Stefan Schostok, Jahrgang 1964. Er studierte Sozialpädagogik an der evangelischen Fachhochschule Hannover. Sein politisches Engagement begann schon in der Schule und der Friedensbewegung. 1983 trat er dann in die SPD ein. Von 1991 bis 1994 war er Bezirksvorsitzender der Jusos Hannover und Vertreter im Bundesausschuss. Außerdem arbeitete er lange Jahre in der Juso-Linken-Leitung mit, zeitweise sogar als „halbhauptamtlicher Sekretär“. Seit 1993 ist Stefan Mitglied im Bezirksvorstand der SPD Hannover, dem er bis heute angehört. Kommunalpolitische Erfahrungen machte er als Ratsmitglied im Gemeinderat Isernhagen von 2001 bis 2005. Bis zu seiner Wahl in den Niedersächsischen Landtag im Januar 2008 war er Geschäftsführer der SPD Hannover. Seine politischen Schwerpunkte als Landtagsabgeordneter liegen in der Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik. Er ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr. Stefan lebt in Hannover in der List.

spw: Was waren die wichtigsten Meilensteine in Deinem bisherigen politischen Leben?

» **Stefan Schostok:** Persönlich war das sicherlich ganz aktuell für mich das Erringen des Direktmandats für den Niedersächsischen Landtag im Januar 2008. Das war ein wirklich toller Erfolg. Erlebt habe ich außerdem den Regierungswechsel 1990 in Niedersachsen und 1998 im Bund als sehr wichtige politische Meilensteine. Es waren jedes Mal wichtige Momente für die SPD und die Umsetzung ihrer Ideen in praktische Politik.

Die Diskussion darum, was bleibt z.B. von rot-grüner Politik, ist für unser zukünftiges politisches Projekt und die Strategie besonders wichtig!

spw: Welche Diskussionen haben Dich am meisten geprägt?

» **Stefan Schostok:** Das waren eine Menge: Zum einen die Diskussionen um das Berliner Grundsatzprogramm der SPD in den 80er Jahren bis zu seiner Verabschiedung 1989. Zum anderen der sehr lange Weg zum Hamburger Grundsatzprogramm zwischen 1999 bis 2007. Bei den Jusos waren die sehr anspruchsvollen, theoretischen Arbeiten und das starke Interesse an ökonomischen Diskussionen prägend. Besonders wichtig fand ich auch die Crossover-Diskussion, angestoßen durch die Zeitschrift spw Ende der 80er bis Mitte der 90er Jahre in der politischen Linken der Parteien und der Gewerkschaften.

spw: Wie sieht es mit politischen Vorbildern und Fehlern bei Dir aus?

» **Stefan Schostok:** Ich habe kein direktes politisches Vorbild. Ich betrachte mich vielmehr als jemanden, der schon immer viel von anderen Menschen gelernt hat. Ganz viel auf jeden Fall in meiner Zeit als Juso. Ich nehme die Jusos heute nach wie vor mit großer Sympathie wahr und stehe gerne mit freundschaftlicher Unterstützung zur Seite. Sie bleiben wichtig! Persönlich hätte ich viel früher in die kommunalpolitische Arbeit und ein Mandat einsteigen sollen.



☞ Stefan Schostok, 2. v.l. in den 90er Jahren, beim Treffen des spw-Arbeitsausschusses.

Bild: spw

spw: Was fehlt der SPD in Niedersachsen aus Deiner Sicht?

Stefan Schostok: Auf keinen Fall viel Arbeit. Sie hat alles, was man braucht, um die Zukunft sozialdemokratisch zu gestalten. Wir müssen nur gemeinsam, bewusst und zielgerichtet mit unseren Möglichkeiten umgehen. Das konkrete Ziel ist, in Niedersachsen wieder in die Regierung zu kommen. Auf längere Sicht gesehen aber auch, die gesamte SPD zu einer erneuerten europäisch denkenden Volkspartei zu machen, ganz im Sinne des Hamburger Grundsatzprogramms.

spw: Was müsste aus Deiner Sicht im Kern eines sozialdemokratischen Regierungsprogramms für 2009 stehen?

Stefan Schostok: Eine erneuerte „Agenda Zwei“ mit einer positiven ökonomischen Bedeutung des Sozialstaats und einem Angebot an die Gesellschaft über ökonomische, ökologische und kulturelle Innovationen zu sprechen. Bildung, Migration und Demokratie sind die aktuellen Kernthemen.

spw: Stefan, vielen Dank für das Gespräch. ■

■ Das Berliner Programm

Als siebentes Grundsatzprogramm der SPD löste das Berliner Programm das Godesberger Programm von 1959 ab. Es wurde am 20. Dezember 1989 in Berlin beschlossen. Die Diskussion innerhalb der SPD war einerseits von den sozialen Bewegungen und ihren Forderungen geprägt. Andererseits hatten die seit 1982 dauernde Oppositionsrolle der SPD und damit einhergehende interne Spannungen starken Einfluss. Bereits 1984 wurde eine Programmkommission beauftragt, einen Entwurf zu erstellen, der allerdings als zu modernisierungsfeindlich keine Zustimmung fand. Aufgrund des Mauerfalls in Berlin wurde der Programmparteitag von Bremen nach Berlin verlegt. Die Verabschiedung des Grundsatzprogramms trat angesichts der geschichts-trächtigen Veränderungen etwas in den Hintergrund. Dennoch war das Programm vor allem in ökologischen, friedens- und frauenpolitischen Belangen ein wichtiger Meilenstein für die SPD. Das Berliner Programm wurde 2007 durch das Hamburger Programm abgelöst.

[Alexandra Kramm]

☞ Das Interview führte Alexandra Kramm.